

Inhalt

Miet- und Immobilienrecht

Von Michael Drasdo

<i>M. Drasdo</i> , Die Dichtigkeitsprüfung von Abwasserleitungen	225
„Gesamtkosten“ in Betriebskostenabrechnung einer Mehrhausanlage (BGH)	226
Keine (Flächen-)Beschaffeneitsvereinbarung ohne Beurkundung (BGH)	226
Aufteilung in Wohnungseigentum: Negativattest nötig? (KG)	227
Revision in WEG-Sachen	227

Familienrecht

Von Martin Haußleiter und Barbara Schramm

Nachteilsausgleich beim begrenzten Realsplitting (OLG Hamm)	228
Gesamtschuldnerausgleich bei nichtehelichen Lebensgefährten (OLG Bremen)	228
Aufhebung der gemeinsamen Sorge bei zerstrittenen Eltern (OLG Brandenburg)	229
Eigentumsvermutung bei Hausrat (OLG Stuttgart)	230
Erneuter richterlicher Hinweis für weiteres Zwangsgeld erforderlich (OLG Karlsruhe)	230

Erbrecht

Von Wolfgang Roth

<i>W. Roth</i> , Der Gutachter bei der Wertermittlung im Pflichtteilsrecht	231
Antrag des Pflichtteilsberechtigten zu Testamentsvollstreckerentlassung (OLG Bremen)	232
„Ungeöffnet zurück“ ist gegen notarielle Vermittlung treuwidrig (OLG Zweibrücken)	232

Verkehrsrecht

Von Rainer Heß und Michael Burmann

Haftung bei Entladen von Heizöl bei Betrieb des Fahrzeugs (BGH)	233
Überholverbot bei unklarer Verkehrslage (OLG Frankfurt a.M.)	234
Schadensersatzanspruch des Sicherungsgebers (LG Stuttgart)	234
Anforderungen an Handynutzung (OLG Oldenburg)	235

Baurecht

Von Stefan Weise und Tobias Hänsel

<i>V. Schmidt</i> , Gewährleistungsansprüche in der Insolvenz des Hauptunternehmers	236
Keine Mängelansprüche wegen Verletzung von Hinweispflichten (BGH)	237
Kauf vom Bauträger – Mängelansprüche bei „Nachzüglerfällen“ (BGH)	238
Kündigungsgründe der VOB/B nicht abschließend (OLG Stuttgart)	238

Gesellschaftsrecht

Von Dieter Leuering und Daniel Rubner

Auflösung einer stillen Gesellschaft (BGH)	239
Übergang einer Schiedsvereinbarung im Wege der Ausgliederung (OLG München)	240
Nennung der Gründungskosten in einer GmbH-Satzung (OLG Celle)	240
Unterscheidung zwischen Idealverein und wirtschaftlichem Verein (LSG Berlin-Brandenburg)	240
Nachinformationsanspruch der Aktionäre (LG Frankfurt a.M.)	241

Arbeitsrecht

Von Marcel Grobys und Robert von Steinau-Steinrück

R. von Steinau-Steinrück/E. Reiter, Entgeltgleichheitsgesetz ante Portas 242
 Schwerbehindertenvertretung im Konzern (BAG) 243
 Annahmeverzug bei „Einsatzverbot“ eines Arbeitnehmers (BAG) 244
 Auslegung von Betriebsvereinbarungen (BAG) 244

Insolvenzrecht

Von Michael Dahl und Raul Taras

Kollision von Schenkungs- und Deckungsanfechtung (BGH) 245
 Fehlende Gläubigerbenachteiligung bei günstigem Verzicht für Masse (BGH) 245
 Auskunftspflicht und Mitwirkungspflicht im Nachtragsverteilungsverfahren (BGH) 246
 Keine doppelte Restschuldbefreiung innerhalb der Sperrfrist (BGH) 247

Strafrecht

Von Klaus Leipold und Stephan Beukelmann

S. Beukelmann, Bloße Anwesenheit keine Täterschaft oder Teilnahme 248
 Anwendbarkeit des Weltrechtsprinzips bei Auslandstaten (BGH) 249
 Vermögensschaden beim Betrug (BGH) 249
 Grenzen der Beschwerde im Hauptverfahren – Erkennendes Gericht (KG) 250
 Wirksamkeit eines Stadionverbots (OLG Dresden) 250
 Rechtsbeugung durch Verschleppung von Ermittlungen (OLG Oldenburg) 250

Verfahrens- und Kostenrecht

Von Norbert Schneider

Streitwert einer Klage nach Widerruf eines Darlehensvertrags (BGH) 251
 Keine Wertfestsetzung für abgetrennte Folgesache (OLG Brandenburg) 252
 Einstweiliges Anordnungsverfahren: Anfechtung der Kostenentscheidung (OLG Frankfurt a.M.) 252
 Keine Berücksichtigung von Schonvermögen beim Wert der Ehesache (OLG Köln) 253
 Vergütung des Anwalts bei vorbereitender Akteneinsichtnahme (OLG Bamberg) 253

Anwalt und Kanzlei

Von Christian Dahns

C. Dahns, Das Ende einer beruflichen Zusammenarbeit 254
 Unzulässige Mehrfachverteidigung? (BVerfG) 255

ISSN 1613-4621

NJW Spezial

Die wichtigsten Informationen zu speziellen Rechtsgebieten

Schriftleitung:
 Rechtsanwalt *Tobias Freudenberg*,
 Beethovenstraße 7 b, 60325 Frankfurt
 a.M., Postanschrift: Postfach 11 02 41,
 60037 Frankfurt a.M., Telefon: (0 69)
 75 60 91-0, Telefax: (0 69) 75 60 91-49,
 E-Mail: njw@beck-frankfurt.de
 Internet: www.njw.de

Redaktion:
 Rechtsanwältin *Nathalie Demier* (Ver-
 kehrsrecht); Rechtsanwalt *Tobias*
Freudenberg (Insolvenzrecht); Rechts-

anwältin *Antje Glinski* (Anwalt und
 Kanzlei); Rechtsanwältin *Irina Huth*
 (Familienrecht); Rechtsanwalt *Dr. Andreas*
Kappus (Miet- und Immobilienrecht);
 Rechtsanwältin *Dr. Maria Naucke-Lömker*
 (Erbrecht und Schlussredaktion);
 Rechtsanwältin *Esther Noske*, LL.M.
 (Verfahrens- und Kostenrecht sowie
 Koordination); Rechtsanwalt *Prof. Dr.*
Achim Schunder (Arbeitsrecht); Rechts-
 anwältin *Dr. Monika Spiekermann* (Bau-
 recht); Rechtsanwalt *Dr. Stephan Tausch*
 (Strafrecht); Rechtsanwalt *Prof. Dr. Martin*
Weber (Gesellschaftsrecht).

Urheber- und Verlagsrechte: Alle in die-
 ser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge
 sind urheberrechtlich geschützt. Das gilt

auch für die veröffentlichten Gerichts-
 entscheidungen und ihre Leitsätze, denn
 diese sind geschützt, soweit sie vom
 Einsender oder von der Schriftleitung
 erarbeitet und redigiert worden sind.
 Der Rechtsschutz gilt auch gegenüber
 Datenbanken und ähnlichen Einrichtun-
 gen. Kein Teil dieser Zeitschrift darf
 außerhalb der engen Grenzen des Urhe-
 berrechtsgesetzes ohne schriftliche Ge-
 nehmigung des Verlags in irgendeiner
 Form vervielfältigt, verbreitet oder öf-
 fentlich wiedergegeben oder zugänglich
 gemacht, in Datenbanken aufgenommen,
 auf elektronischen Datenträgern
 gespeichert oder in sonstiger Weise
 elektronisch vervielfältigt, verbreitet
 oder verwertet werden.

Verlag: Verlag C.H.BECK oHG, Wilhelm-
 str. 9, 80801 München, Postanschrift:
 Postfach 40 03 40, 80703 München, Tele-
 fon: (0 89) 3 81 89-0, Telefax: (0 89) 3 81
 89-3 98, Postbank München IBAN:
 DE82 7001 0080 0006 2298 02, BIC:
 PBNKDEFFXXX.

Erscheinungsweise:
 Zweimal im Monat als Beilage zur NJW.

Bezugspreis 2016:
 Der Bezugspreis von NJW-Spezial ist
 im Bezugspreis von NJW enthalten.
 Jahrestitel und -register sind nur noch
 mit dem jeweiligen Heft lieferbar.

Druck: Mayr Miesbach GmbH, Am Wind-
 feld 15, 83714 Miesbach.

INHALT

Aufsätze

Hubert Schmidt

Zum Jahrestag eines „D-Day“ für Schönheitsreparatur-AGB 1201

Seine bisherige Judikatur zu Dekorationsklauseln in Mietverträgen hat der BGH vor einem Jahr grundlegend geändert. Der Autor resümiert erste instanzgerichtliche Folgeentscheidungen etwa zu Ausgleichszahlungen oder zum Umgang mit unrenoviert überlassenem Wohnraum. Zudem zeigt er Fehlentwicklungen und offene Fragen auf.

Ernst Führich

Die neue Pauschalreiserichtlinie 1204

Auch im Reiserecht kommt mit der Ende 2015 verkündeten Richtlinie die europäische Vollharmonisierung. Sie sieht bei Pauschalreisen und verbundenen Reiseleistungen einheitliche Standards etwa für Haftung und Insolvenzschutz vor. Die wichtigsten Regelungen erläutert der Autor und benennt dabei drohende Umsetzungsprobleme.

Alexander Jooß

Sekundäre Anhörungsrüge nach fortgesetztem Verfahren 1210

Die meisten Verfassungsbeschwerden scheitern an Zulässigkeitserfordernissen, allen voran der Erschöpfung des Rechtswegs. Dazu zählt auch die Anhörungsrüge. In welchen Fällen sie erforderlich ist und wann sie sogar erneut erhoben werden muss, erörtert der Autor mit Blick auf die aktuelle Judikatur der Verfassungsgerichte.

Zur Rechtsprechung

Hans-Ulrich Graba

Einsatzzeitpunkt durch latenten Anspruch auf Unterhalt? 1212
(BGH, NJW 2016, 153)

Bericht

Heribert Hirte

Die Entwicklung des Unternehmens- und Gesellschaftsrechts im Jahr 2015 1216

Forum

Lars Leuschner

Die Kontrollstrenge des AGB-Rechts 1222

Buchbesprechungen

Münch: Familienrecht in der Notar- und Gestaltungspraxis (Winfried Born) • **Schneider/Herget: Streitwert-Kommentar** (Steffen Müller-Rabe) • **Blum/Gassner/Seith: Ordnungswidrigkeitengesetz** (Jörg Eisele) 1225

NJW-aktuell

Editorial	3	Interview	12	Im Profil	18
Thesen zu einem Staatshaftungsgesetz		Menschenrechtliche Sorgfalt vor Gericht R. Klingner		Von der Richterbank in den Kunstmarkt C. Budras	
K. Rennert		Pro & Contra	15	Rubrikenmarkt	21
Agenda	6	Abschaffung der Abgeordnetenimmunität?		web.report	32
Meldungen/Kolumne	7	H. Liebert/B. J. Hartmann		Stellenmarkt	33
Gesetzgebung	8	Haftungsseite	16	Beck'sche Zeitschriften	42
Rechtsprechung in Kürze	8	„Stets zuverlässiges Büropersonal“ für Wiedereinsatzantrag gesucht C. Mannsky		Buchhinweise	44
Entscheidung der Woche	9	Wissenschaft & Hochschule	17	Personalien	46
Leserforum	10	Studiengangakkreditierung – Erfolg und Ernüchterung U. Quapp		Heftvorschau/Impressum	48



INHALT

Rechtsprechung

Europäische Gerichte		BGH 25.11.15 – II ZR 384/13	
EuGH 17.03.16 – C-145/15, C-146/15		Gesonderte Gerichtsgebühren bei Teilerfolg der Nichtzulassungsbeschwerde (Ls.)	1248
Keine Durchsetzung individueller Fluggastrechte durch national „benannte Stellen“	1227	OLG Bremen 15.01.16 – 4 W 5/15	
EuGH 11.11.15 – C-223/14		Verjährung des Anspruchs auf Gesamtschuldnerausgleich nichtehelicher Lebensgefährten	1248
Zustellung außergerichtlicher Schriftstücke nach der EuZVO (Ls.)	1228	OLG Naumburg 15.09.15 – 12 W 84/15	
Bundesverfassungsgericht		Sicherungsanordnung jenseits von Miet- und Pachtrecht	1250
BVerfG 08.12.15 – 1 BvR 1864/14		LG Karlsruhe 21.07.15 – 11 S 118/14	
Tatbestand der sexuellen Handlungen mit Tieren – Bestimmtheitsgrundsatz	1229	Auftreten von Bevollmächtigtem und Wohnungseigentümer in Versammlung (Ls.)	1251
BVerfG 24.07.15 – 1 BvR 2501/13		Strafgerichte	
Identitätsfeststellung durch Polizei im Rahmen einer Versammlung (Ls.)	1230	BGH 23.12.15 – 2 StR 525/13	
Zivilgerichte		Inverkehrbringen von Tabakerzeugnissen – E-Zigaretten (Anm. C. Brand)	1251
BGH 20.01.16 – VIII ZR 26/15		Verwaltungsgerichte	
„Stellen“ und „Aushandeln“ von AGB – Vertragsstrafe	1230	VGH Mannheim 19.10.15 – 10 S 1689/15	
BGH 03.02.16 – XII ZB 313/15		Neuerteilung der Fahrerlaubnis nach Seminarteilnahme in Altfällen – Punktlöschung	1259
Ermittlung des Ehezeitanteils gesetzlicher Rentenrechte im Versorgungsausgleich	1233	OVG Münster 13.11.15 – 6 A 2198/15	
BGH 18.11.15 – XII ZB 106/15		Erhebung der Anhörungsrüge (Ls.)	1262
Keine Bestellung als Kontrollbetreuer bei Verstoß gegen Tätigkeitsverbot	1235	Arbeitsgerichte	
BGH 27.10.15 – II ZR 296/14		BAG 17.02.16 – 5 AZN 981/15	
Herabsetzung der Vorstandsbezüge durch insolvenzreife Aktiengesellschaft	1236	Bedeutung von „brutto“ und „netto“ im Urteilsausspruch – Nichtzulassungsbeschwerde	1262
BGH 18.12.15 – V ZR 191/14		BAG 24.09.15 – 2 AZR 562/14	
Grenzen unbeschränkter Anordnung der Zwangsverwaltung – Wohnungsherausgabe (Anm. M. Ahrens)	1242	Widerspruch gegen außerordentliche betriebsbedingte Kündigung bei Betriebsübergang (Ls.)	1263
BGH 17.11.15 – VI ZR 492/14		Finanzgerichte	
Unterlassung, Gegendarstellung und Richtigstellung als verschiedene Angelegenheiten (Anm. C. Russ)	1245	BFH 13.10.15 – IX R 35/14	
		Beiträge für Risikolebensversicherung zur Immobilienfinanzierung keine Werbungskosten	1263

Mit Beilage: NJW-Spezial Heft 8/2016

Miet- und Immobilienrecht
Die Dichtigkeitsprüfung von Abwasserleitungen

Familienrecht
Nachteilsausgleich beim begrenzten Realsplitting

Erbrecht
Der Gutachter bei der Wertermittlung im Pflichtteilsrecht

Baurecht
Gewährleistung in der Insolvenz des Hauptunternehmers

Arbeitsrecht
Entgeltgleichheitsgesetz ante portas

Strafrecht
Bloße Anwesenheit keine Täterschaft oder Teilnahme

Anwalt und Kanzlei
Das Ende einer beruflichen Zusammenarbeit

Alle Rubriken
Rechtsprechungsübersichten

ÖJZ aktuell 337

Beiträge

→ Der tierärztliche Behandlungsvertrag 341
Rechtsnatur, Vertragspartner und Rechtsfolgen

Während sich sowohl die Judikatur als auch die Literatur mit dem **ärztlichen** Behandlungsvertrag regelmäßig und eingehend auseinandergesetzt hat, liegen zum **tierärztlichen** Behandlungsvertrag bis heute kaum Arbeiten vor. Im Zusammenhang mit Fragen der tierärztlichen Haftung, der Aufklärung oder auch der Dokumentation stellt sich aber auch immer wieder die Frage nach der Rechtsnatur des tierärztlichen Behandlungsvertrags. Der Beitrag gibt daher einen Überblick über dieses Gebiet, arbeitet die spärlich vorhandene Judikatur und Literatur auf und stellt einen Vergleich mit dem ärztlichen Behandlungsvertrag her.
Von Alexander Tritthart

→ Untersuchungsausschüsse im Bund und bei den Ländern 348
Ausgewählte Rechtsfragen

Von Peter Bußjäger

→ Angemessene Verfahrensdauer und Rechtsmittelrecht 355

Art 6 MRK ordnet eine angemessene Verfahrensdauer für einen Prozess an und setzt damit einen zeitlichen Rahmen. Literatur und die Judikatur des OGH legen mitunter nahe, dass dieser zeitliche Rahmen auch zu Beschränkungen anderer Verfahrensrechte des Beschuldigten führen kann. Unter Zuhilfenahme der Judikatur des EGMR wird diese Annahme geprüft und anschließend die genaue Erwartung des EGMR an die Vertragsstaaten der MRK dargestellt. Im Zuge dessen wird auch die mit dem Verfahrensrecht verbundene Anwendung des § 285 Abs 2 StPO konkretisiert.
Von Julius Schumann

Evidenzblatt

→ Arbeitsrecht 360
OGH 29. 9. 2015, 8 Obs 10/15 a

50: Sicherung des nach erfolgreichem Anfechtungsprozess nachzuzahlenden Entgelts
Mit Anmerkung von Romana Weber-Wilfert

→ Familienrecht 362
OGH 16. 10. 2015, 7 Ob 112/15 v

51: Bindungswirkung aufgrund rechtskräftig abgewiesener Scheidungsklage
Mit Anmerkung von Thomas Klicka

→ Schadenersatzrecht 365
OGH 20. 10. 2015, 4 Ob 176/15 h

52: Ersatzansprüche trotz Kuratorbestellung für Ansprüche aus Teilschuldverschreibungen

OGH 29. 9. 2015, 8 Ob 89/15 v 368

53: Schlechtvertretung durch den Verteidiger: kein Schadenersatz

→ Versicherungsvertragsrecht 370
OGH 16. 10. 2015, 7 Ob 165/15 p

54: Medizinisch notwendige Heilbehandlung in der Krankenzusatzversicherung

→ Richterdisziplinarrecht 371
OGH 23. 2. 2016, Ds 1/16

55: Rechtsnatur des Disziplinarverfahrens

→ Strafrecht 372
OGH 14. 12. 2015, 17 Os 21/15 i

56: Beamteneigenschaft von Gemeinderatsmitgliedern

EvBl-Leitsätze

→ Europäisches Zivilverfahren	376
OGH 25. 11. 2015, 8 Ob 114/15 w	
57: Internationale Zuständigkeit: Einverleibung des Eigentumsrechts	
→ Grundbuchsrecht	377
OGH 25. 1. 2016, 5 Ob 217/15 w	
58: Löschung einer Namens-Ranganmerkung bedarf der beglaubigten Zustimmung des Berechtigten	
→ Personenrecht	377
OGH 19. 11. 2015, 7 Ob 169/15 a	
59: Interdisziplinäre Demenzstation – psychiatrische Abteilung iS des UbG	
→ Schadenersatzrecht	378
OGH 28. 1. 2016, 1 Ob 252/15 p	
60: Vor einer Operation muss eine ausreichende Überlegungsfrist bestehen	
→ Schuldrecht	378
OGH 1. 12. 2015, 6 Ob 179/14 p (verstSen)	
61: Nachträgliche Aufrechnung nur mit der Sanierungsquote	
→ Wohnungseigentumsrecht	379
OGH 27. 1. 2016, 4 Ob 10/16 y	
62: Einzelner Wohnungseigentümer kann Gewährleistung geltend machen	
→ Strafprozessrecht	380
OGH 28. 10. 2015, 13 Os 107/15 g	
63: Nur substantiiertes Widerspruchs gegen Verlesung kann Nichtigkeit begründen	
OGH 11. 11. 2015, 15 Os 112/15 g	380
64: Betrachtungswinkel für Beweisverbote entscheidend	

Forum

→ Der Schadensbegriff des OGH bei Prozessschäden – Anmerkungen zur E 8 Ob 89/15 v.	381
<i>Von Thomas Klicka</i>	

Kosten

→ Kostenseitig	384
<i>Von Josef Obermaier</i>	

Standards

→ Impressum	340
→ Buchbesprechungen	383



Inhalt

Abhandlungen und Aufsätze

<i>Jelena von Achenbach</i> , Verfassungswandel durch Selbstorganisation: Triloge im europäischen Gesetzgebungsverfahren	1
<i>Johannes Eichenhofer</i> , Privatheit im Internet als Vertrauensschutz. Eine Neukonstruktion der Europäischen Grundrechte auf Privatleben und Datenschutz ...	41
<i>Ewald Grothe</i> und <i>Reinhard Mehring</i> , „Das Problem des ‚geheimen Gesetzes‘“ und die Grenze des „Führernotrechts“. Erstveröffentlichung von Ernst Rudolf Hubers Vortrag „Gesetz und Maßnahme“ aus dem Wintersemester 1944/45 ...	69
<i>Christoph Möllers</i> , Erwiderung auf Ewald Grothe und Reinhard Mehring	97

Berichte und Kritik

<i>Armin von Bogdandy</i> , Zur sozialwissenschaftlichen Runderneuerung der Verfassungsvergleichung. Eine hegelianische Reaktion auf Ran Hirschs <i>Comparative Matters</i>	103
<i>Michael Grünberger</i> , Transnationales Recht als responsiver Rechtspluralismus?	117

Buchbesprechungen und Buchanzeigen

Bourdieu, Pierre, Über den Staat (<i>Rainer Maria Kiesow</i>)	135
Kelemen, R. Daniel, Eurolegalism. The Transformation of Law and Regulation in the European Union (<i>Anna Katharina Mangold</i>)	138
Müller, Johann Baptist, Konservatismus – Konturen einer Ordnungsvorstellung (<i>Franz Reimer</i>)	144
Rückert, Joachim, Abschiede vom Unrecht. Zur Rechtsgeschichte nach 1945 (<i>Walter Pauly</i>)	146
Valta, Matthias, Das Internationale Steuerrecht zwischen Effizienz, Gerechtigkeit und Entwicklungshilfe (<i>Markus Heintzen</i>)	148

Anschriften der Mitarbeiter

Dr. *Jelena von Achenbach*, LL.M. (NYU), Postdoktorandin, Post-Doc Researcher, Justus Liebig University Gießen, Faculty of Law, Prof. Dr. Jürgen Bast, Licher Straße 64, 35394 Gießen
jelena.v.achenbach@recht.uni-giessen.de

Dr. *Johannes Eichenhofer*, Universität Bielefeld, Fakultät für Rechtswissenschaft, Lehrstuhl Prof. Dr. Christoph Gusy, Postfach 10 01 31, 33501 Bielefeld
j_eichenhofer@web.de

FORUM

Gerhart Holzinger, Zum Geleit 2

Georg Lienbacher, Das Bild der verfassungsrechtlichen Mitarbeiterin bzw des verfassungsrechtlichen Mitarbeiters am Verfassungsgerichtshof 5

ABHANDLUNGEN

Benjamin Kneihls/Gabriel Schmidlechner, Verwaltungsgerichte für die Bürger/innen 8

Rosi Posnik, Tätigkeit der Parlamentsverwaltung für BürgerInnen – ein Überblick 27

Johanna Weilguni, Verwaltung für den Bürger – kommunale Selbstverwaltung 32

Ulrich E. Zellenberg, Ist die nichtterritoriale Selbstverwaltung eine Verwaltung für den Bürger? 39

Thomas Horvath, Beschwerdelegitimation gemäß Art 144 B-VG – eine Auswahl über Beschwerdebefugnisse von Bürgerinnen und Bürgern 50

REZENSIONEN UND BERICHTE

Potacs, Rechtstheorie (*Alfred J. Noll*) 61

DOKUMENTATION-EUROPA

Michael Erhart 65

DOKUMENTATION-ÖSTERREICH

Günther Schefbeck 68

Herausgeber: Heinz Fischer, Bernd-Christian Funk, Rudolf Machacek †, Roland Miklau, Heinrich Neisser, Alfred J. Noll, Anton Pelinka, Manfred Welan

In Zusammenarbeit mit dem Österreichischen Parlament

Schriftleitung: Michael Holoubek, Georg Lienbacher

Ständige Korrespondenten: Josef Azizi, Luxemburg; Ulrich Becker, München; Michael Erhart, Brüssel; Christoph Grabenwarter, Wien; Armin Hatje, Hamburg; Matthias Jestaedt, Freiburg/Breisgau; Susanne Kalss, Wien; Martin Karollus, Linz; Michael Potacs, Wien; Günther Schefbeck, Wien; Martin Schulte, Dresden; Ewald Wiederin, Wien

**IN ALLER KÜRZE**

2

THEMA**Bernhard Renner: Gewährung verbilligter Mahlzeiten außerhalb des Betriebs als steuerfreier Vorteil aus dem Dienstverhältnis**

3

Das BFG hatte kürzlich zu beurteilen, ob es der Steuerbefreiung des § 3 Abs 1 Z 17 EStG entgegensteht, wenn der Arbeitgeber seinen Außendienst-, Montage- und Bauarbeitern verbilligte Mahlzeiten in gastgewerblichen Betrieben in der Nähe (auswärtiger) Baustellen oder sonstiger Einsatzorte gewährt. Das BFG lehnt die von der Finanzverwaltung angestrebte enge Auslegung der Steuerbefreiung für die Verköstigung am Arbeitsplatz ab und urteilte damit im Sinne der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. *Bernhard Renner* analysiert das BFG-Erkenntnis und erläutert, warum das Finanzamt gegenteiliger Ansicht ist.

RECHTSPRECHUNG**» ARBEITSRECHT**

Anspruch türkischer Arbeitnehmer auf (abgeschafften) Befreiungsschein	6
Gerichtlich strafbare Ausländerbeschäftigung – keine Anwendung bei Beschäftigung rumänischer Arbeitnehmer	8
Zulassung als Schlüsselkraft – Kriterium Qualifikation	9
Berufsausbildung und Berufserfahrung für Zulassung als Schlüsselkraft	9
Entsendung oder Arbeitskräfteüberlassung – Zuständigkeit des AMS	10
Nachweis der Bestellung eines verantwortlichen Beauftragten	10

» SOZIALVERSICHERUNGSRECHT

Arbeitstraining und Beschäftigungstherapie als Maßnahme der Rehabilitation	11
Befristung der Invaliditätspension nach dem SRÄG 2012	13
Invalidität: Krankengeldbezug nach DV-Ende – kein Tätigkeitsschutz	14
Ausschluss vom Arbeitsmarkt durch chronischen Reizhusten?	15

» STEUERRECHT

BFG: USt-Pflicht für kostenlose Personalverpflegung von Zivildienern	17
--	----

ARTIKELRUNDSCHAU

20

IMPRESSUM

19



Neue Zeitschrift für Sozialrecht

Zweiwochenschrift für die anwaltliche, betriebliche, behördliche und gerichtliche Praxis

8/2016

INHALT

Aktuell	Rechtsprechung	V
	Mitteilungen	VII
	Veranstaltungen	VIII
Aufsätze und Berichte	<i>G. Thüsing/G. Hütter, Zuständigkeitsverteilung zwischen Vorstand und Verwaltungsrat gesetzlicher Krankenkassen</i>	281
	<i>J. Berchtold/M. Reichel, Zur Vererbung von Leistungsansprüchen aus der gesetzlichen Rentenversicherung in Fällen der Rechtsnachfolge mit Auslandsbezug</i>	285
	<i>G. Christl, Konkurrenz von Prozess-/Verfahrenskostenhilfe und Sozialleistungen nach SGB II, SGB XII</i>	293
Zur Diskussion	<i>W. Spellbrink, Brauchen wir eine Sozialversicherungswissenschaft?</i>	299
Rechtsprechung		
Europarecht	Gleichartige Leistungen der Mitgliedstaaten (<i>EuGH Urt. v. 21.1.2016 – C 453/14</i>)	301
Krankenversicherungsrecht	Festsetzung einer Mindestmenge (<i>BSG Urt. v. 17.11.2015 – B 1 KR 15/15 R – mit Fokus</i>)	301
	Beitragsfestsetzung bei gesetzlicher Familienversicherung (<i>BSG Urt. v. 18.11.2015 – B 12 KR 21/14 R – mit Fokus</i>)	307
	Rechtsfolgen der Genehmigungsfiktion – Kostenübernahme für Liposuktion (<i>LSG Schleswig-Holstein Beschl. v. 20.1.2016 – L 5 KR 238/15 B ER – mit Fokus</i>)	311
	Abzug des Investitionskostenabschlags von 10 % für von Krankenhäusern erbrachte Leistungen der ambulanten Notfallversorgung an gesetzlich Versicherte (<i>LSG Baden-Württemberg Urt. v. 24.2.2016 – L 5 AS 226/13</i>)	315
Pflegeversicherungsrecht	Erstattungsanspruch des Sozialhilfeträgers gegen die Pflegeversicherung – Antragsabhängigkeit der Pflegeversicherungsleistung (<i>LSG Baden-Württemberg Urt. v. 11.12.2015 – L 4 P 1171/15</i>)	315
Rentenversicherungsrecht	Verurteilung wegen Betrugs oder Vorenthaltens und Veruntreuens von Arbeitsentgelt (<i>OLG Bamberg Beschl. v. 16.2.2016 – 3 OLG 6 Ss 16/16</i>)	316
	Kontoverfügungen durch den Betreuer in Unkenntnis des Todes des Betreuten (<i>LSG Hessen Urt. v. 26.2.2016 – L 5 R 152/13</i>)	316
	Selbständige Tätigkeit als Honorararzt im Krankenhaus – Aufspaltung des Beschäftigungsverhältnisses (<i>SG München Endurt. v. 10.3.2016 – S 15 R 1782/15</i>)	317
Unfallversicherungsrecht	Zuständigkeitskonkurrenz zwischen mehreren Berufsgenossenschaften bei Berufskrankheiten (<i>LSG Bayern Beschl. v. 25.11.2015 – L 2 U 526/11</i>)	317

Grundsicherungsrecht	Voraussetzungen der Schuldenübernahme (<i>LSG Sachsen-Anhalt Bëschl. v. 17.2.2016 – L 4 AS 345/15 B ER</i>)	317
	Ablehnung eines Antrags auf Grundsicherungsleistungen wegen Anspruchs auf vorzeitige Altersrente (<i>LSG Sachsen Bëschl. v. 22.2.2016 – 3 AS 990/15 B ER</i>)	318
	Verweis auf vorzeitige Rentenantragstellung (<i>LSG Sachsen-Anhalt Bëschl. v. 1.3.2016 – L 5 AS 25/16 B ER</i>)	318
	Leistungen an EU-Ausländer (<i>LSG Niedersachsen-Bremen Bëschl. v. 7.3.2016 – L 15 AS 185/15 B ER</i>)	318
	Kostenübernahme für mehrtätigen Ausflug einer Kindertageseinrichtung (<i>SG Speyer Urt. v. 23.2.2016 – S 15 AS 857/15</i>)	318
Arbeitsförderungsrecht	Wiederholte Arbeitsuchendmeldung für wenige Tage mit anschließender Nichtverfügbarerklärung wegen Kindererziehung (<i>LSG Baden-Württemberg Urt. v. 29.1.2016 – L 8 AL 2766/13</i>)	318
	Bemessung des fiktiven Arbeitsentgelts bei Nahtlosigkeitsfall (<i>SG Karlsruhe Urt. v. 15.2.2016 – S 5 AL 2222/15</i>)	318
Vertragsarztrecht	Widerspruch gegen die Entziehung der Kassenarztzulassung – Versäumen der rechtzeitigen Zahlung der Widerspruchsgebühr (<i>SG Karlsruhe Urt. v. 24.2.2016 – S 4 KA 2628/14</i>)	319
Verfahrensrecht	Prozesskostenhilfe für Streit um Kostenübernahme für Nachmittagsbetreuung (<i>VGH München Bëschl. v. 21.12.2015 – 12 C 15.2352</i>)	319
	Entschädigung für Verdienstausfall bei selbstständiger Tätigkeit von nur geringem zeitlichen Umfang (<i>LSG Bayern Endurt. v. 1.3.2016 – L 15 RF 28/15</i>)	320
	Fiktive Terminsgebühr – 90 % der Verfahrensgebühr (<i>SG Kiel Bëschl. v. 10.3.2016 – S 21 SF 282/14 E</i>)	320

ISSN 0941–7915

**NZS
Neue Zeitschrift für Sozialrecht**

Zweiwochenschrift für die anwaltliche, betriebliche, behördliche und gerichtliche Praxis

Verantwortlicher Schriftleiter:

Dr. Gerhard Knorr
Merseburger Str. 8 a
80993 München
Tel. (0 89) 1 49 35 78 priv.
E-Mail: Knorr.nzs@gmx.de

Mitarbeiter der Redaktion:
Karl Habermann, Ltd. MR a.D.
Günther Macht, Ltd. MR a.D.
André Scharrer, RD

Manuskripte: Manuskripte sind an die Redaktion zu senden. Der Verlag haftet nicht für Manuskripte, die unverlangt eingereicht werden. Sie können nur zurückgegeben werden, wenn Rückporto beigefügt ist. Die Annahme zur Veröffentlichung muss schriftlich erfolgen. Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag C.H.BECK an seinem Beitrag für die Dauer des gesetzlichen Urheberrechts das exklusive, räumlich und zeitlich unbeschränkte Recht zur Vervielfältigung und Verbreitung in körperlicher Form, das Recht zur öffentlichen Wiedergabe und Zugänglichmachung, das Recht

zur Aufnahme in Datenbanken, das Recht zur Speicherung auf elektronischen Datenträgern und das Recht zu deren Verbreitung und Vervielfältigung sowie das Recht zur sonstigen Verwertung in elektronischer Form. Hierzu zählen auch heute noch nicht bekannte Nutzungsformen. Das in § 38 Abs. 4 UrhG niedergelegte zwingende Zweitverwertungsrecht des Autors nach Ablauf von 12 Monaten nach der Veröffentlichung bleibt hiervon unberührt.

Urheber- und Verlagsrechte: Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Das gilt auch für die veröffentlichten Gerichtsentscheidungen und ihre Leitsätze, denn diese sind geschützt, soweit sie vom Einsender oder von der Schriftleitung erarbeitet oder redigiert worden sind. Der Rechtsschutz gilt auch gegenüber Datenbanken und ähnlichen Einrichtungen. Kein Teil dieser Zeitschrift darf außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ohne schriftliche Genehmigung des Verlags in irgendeiner Form vervielfältigt, verbreitet oder öffentlich wiedergegeben oder zugänglich gemacht, in Datenbanken aufgenommen, auf elektronischen Datenträgern gespeichert oder in sonstiger Weise elektronisch vervielfältigt, verbreitet oder verwertet werden.

Anzeigenabteilung: Verlag C.H.BECK, Anzeigenabteilung, Wilhelmstraße 9, 80801 München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München. Media-Beratung: Telefon (0 89) 3 81 89-687, Telefax (0 89) 3 81 89-589. Disposition, Herstellung Anzeigen, technische Daten: Telefon (0 89) 3 81 89-598, Telefax (0 89) 3 81 89-599, E-Mail anzeigen@beck.de Verantwortlich für den Anzeigenteil: *Bertram Götz.*

Verlag: Verlag C.H.BECK oHG, Wilhelmstr. 9, 80801 München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München, Telefon: (0 89) 3 81 89-0, Telefax: (0 89) 3 81 89-3 98, Postbank München IBAN: DE82 7001 0080 0006 2298 02, BIC: PBNKDEFFXXX. Amtsgericht München, HRA 48 045.

Erscheinungsweise: Zweimal im Monat.

Bezugspreise 2016: Jahresabo € 339,- (inkl. MwSt.). Vorzugspreis für NJW- und NZA-Bezieher sowie für Studenten (fachbezogener Studiengang) und Referendare € 309,- (inkl. MwSt.). Einzelheft € 16,50 (inkl. MwSt.). Versandkosten jeweils zuzüglich. Die Rechnungsstellung erfolgt zu Beginn eines Bezugszeitraumes. Nicht eingegangene Exemplare können nur innerhalb von 6 Wochen

nach dem Erscheinungstermin reklamiert werden. Jahrestitellei und -register sind nur noch mit dem jeweiligen Heft lieferbar.

Bestellungen über jede Buchhandlung und beim Verlag.

KundenServiceCenter:
Telefon: (0 89) 3 81 89-750,
Telefax: (0 89) 3 81 89-358.
E-Mail: bestellung@beck.de

Abbestellungen müssen 6 Wochen vor Jahresschluss erfolgen.

Adressenänderungen: Teilen Sie uns rechtzeitig Ihre Adressenänderungen mit. Dabei geben Sie bitte neben dem Titel der Zeitschrift die neue und die alte Adresse an.

Hinweis gemäß § 7 Abs. 5 der Postdienste-Datenschutzverordnung: Bei Adressenänderung des Beziehers kann die Deutsche Post AG dem Verlag die neue Anschrift auch dann mitteilen, wenn kein Nachsendeantrag gestellt ist. Hiergegen kann der Bezieher innerhalb von 14 Tagen nach Erscheinen dieses Heftes beim Verlag widersprechen.

Druck: NOMOS Druckhaus, In den Lissen 12, 76547 Sinzheim.

Inhalt

EDITORIAL	Prof. Dr. Astrid Wallrabenstein	
AUFSÄTZE	<i>Prof. Dr. Peter Axer</i> Verfassungsrechtliche Fragen des Rechts der Berufskrankheiten _____	177
	<i>Prof. Dr. Dr. h.c. Eberhard Eichenhofer</i> Neue internationalfamilienrechtliche Vorfragen im Sozialrecht _____	184
	<i>Dr. Christian Burkiczak</i> Setzt eine zulässige Anfechtungsklage einen zulässigen Widerspruch voraus? _____	189
	<i>Dr. Jerom Konradi</i> Zur Ermessensausübung bei der Haftung gegenüber Sozialversicherungsträgern (§ 110 Abs. 2 SGB VII) _____	195
AKTUELLE ENTSCHEIDUNGEN	Übersicht über die jüngste Rechtsprechung	
	<i>Bundesverfassungsgericht</i> _____	201
	<i>Bundessozialgericht</i> _____	201
RECHTSPRECHUNG MIT ANMERKUNGEN		
BEITRAGSRECHT	<i>Rechtsreferendare/Beitragspflicht</i> §§ 7, 14, 28d, 28e, 28p SGB IV; § 37 HambJAG Urteil des 12. Senats des BSG vom 31.3.2015 – B 12 R 1/13 R – <i>Anmerkung von Katja Meyerhoff, Hamburg</i> _____	210
VERTRAGSARZTRECHT	<i>Zahnarzt/Insolvenz</i> §§ 35, 80 InsO; § 362 BGB Urteil des 6. Senats des BSG vom 14.12.2014 – B 6 KA 45/13 R – <i>Anmerkung von Dr. Ole Ziegler, Frankfurt/Main</i> _____	217
UNFALLVERSICHERUNG	<i>Beschäftigung/Handballspielerin</i> § 2 Abs. 1 Nr. 1 SGB VII; § 7 SGB IV Urteil des 2. Senats des BSG vom 23.4.2015 – B 2 U 5/14 R – <i>Anmerkung von Christine Ramsauer und Manuela Gnauck-Stuwe</i> _____	225
SOZIALES ENTSCHÄDIGUNGSRECHT	<i>Kausalität</i> §§ 1, 3, 12 VwRehaG; § 42 SGG Urteil des 9. Senats des BSG vom 16.12.2014 – B 9 V 6/13 R – <i>Anmerkung von Wolfgang Keller, Mainz</i> _____	232
KURZ NOTIERT	Über 4000 Rechtsstreitigkeiten gingen 2015 beim BSG ein _____	240
GESAMTSCHAU	_____	V

In diesem Heft

Schwerpunkt Steuerreform: Mitarbeiterrabatte: Bei 1.000 Euro ist noch lang nicht Schluss (<i>Schuster</i>)	609
Steuertermine im Mai	610
Schwerpunkt Steuerreform: Das Eigenkapital 1 per 1. 1. 2016 (<i>Beiser</i>)	611
Aktuelle Kurzinformationen	614
Automatische Datenübermittlung betreffend Sonderausgaben (BMF-Information)	616
Mittelpunkt der Tätigkeit eines Fachhochschulprofessors	621
Verkauf von „Altgrundstücken“ ohne Steuer – zu wahr, um schön zu sein! (<i>Kohler</i>)	622
Vitaminpräparate und Nahrungsergänzungsmittel als außergewöhnliche Belastung	623
VwGH zur Firmenwertabschreibung nach § 9 Abs 7 KStG bei EU-Gruppenmitgliedern (<i>Wurm</i>)	624
Einlage von Wertpapieren bei Umgründungen	627
Anteilige Entstehung der Umsatzsteuerschuld bei Dauerleistungen in allen Voranmeldungszeiträumen? (<i>Bramerdorfer, Stundner</i>)	628
Der Hotelgutschein im Umsatzsteuerrecht (<i>Marian Mayr</i>)	634
Glossar (Betriebs-)Wirtschaft: Internes Kontrollsystem (IKS) (<i>Baumüller</i>)	639
Glücksspielmonopol verfassungswidrig?	642
Haftung für Phishing-Attacken	643
Aus der jüngsten Rechtsprechung (aktuelle Steuerjudikatur)	644

- Dienstverhältnis: Weisungsgebundenheit
- USt: Ausfuhrlieferungen
- AgB: Erwerb von Todes wegen
- Rückstellung
- Fruchtgenuss

Impressum:
Siehe letzte Umschlagseite

Inhaltsverzeichnisdienst per E-Mail.

Anmeldung unter <http://www.lindeverlag.at/newsletter/anmeldung/neu/>

SWK

Redaktion: Prof. Gerhard Gaedke/Dr. Gerhard Kohler
Dr. Christa Lattner/Mag. Stefan Menhofer
Dr. Michael Tumpel
Tel. Redaktion: +43 1 24 630, **Fax:** DW 51
E-Mail Redaktion: redaktion@lindeverlag.at
Tel. Verlag: +43 1 24 630 Serie, **Fax:** DW 23
Adresse: 1210 Wien, Scheydgasse 24

Aufsätze

- Meyer-Mews*, Telekommunikationsüberwachung im Strafverfahren. Anordnungs- und Eingriffsvoraussetzungen, Rechtsschutz 133
- Hawickhorst*, „Wo Rauch ist, da ist auch Feuer“ – Über die Ohnmacht des Beschuldigten bei Opportunitätseinstellungen durch die Staatsanwaltschaft 141
- Schulz*, Die Zustellung von Anwalt zu Anwalt – ein Parteiverrat gem. § 356 StGB? 146

Entscheidungen

Europarecht

- MRK Art. 6 Abs. 3: Die Übersetzung der Anklageschrift in einer für den Beschuldigten verständlichen Sprache hat ihm in aller Regel vor der Hauptverhandlung vorzuzuliegen
BGH, Urt. v. 23.12.2015 – 2 StR 457/14 148

Verfahrensrecht

- StPO § 24: Ein Strafrichter sollte seine innere Einstellung zu Angeklagten nicht öffentlich bekanntgeben
BGH, Beschl. v. 12.1.2016 – 3 StR 482/15 150
- StPO § 102: Aus zulässigem Verteidigungsverhalten lässt sich kein Tatverdacht ableiten
LG Bielefeld, Beschl. v. 25.11.2015 – 03 Qs-566 Js 1306/14-316/15 151
- StPO § 111 Abs. 1: Voraussetzungen der Notveräußerung
LG Bonn, Beschl. v. 9.3.2016 – 24 Qs-664 Js 10/15-19/16 152
- StPO §§ 112 ff.: Grundsätzlich auf Verfahrensverzögerung gerichtetes Verhalten der Staatsanwaltschaft wird nicht hingenommen
Brandenburgisches OLG, Beschl. v. 9.3.2016 – 1 Ws 18/16 152
- StPO § 145a; OWiG § 46: Ermächtigung zur Entgegennahme von Zustellungen bei Wechsel des Wahlverteidigers
OLG Köln, Beschl. v. 20.1.2016 – III-1 RBs 7/16, 84 Ss-OWi 4/15 153
- StPO § 257c; EMRK Art. 6: Die Höhe der Kompensation für überlange Verfahrensdauer ist ein zulässiger Verständigungsgegenstand
BGH, Beschl. v. 25.11.2015 – 1 StR 79/15 (BGHSt, nur Ls) 154
- StPO §§ 261, 267: Anforderungen an die Darstellung von Wiedererkennungseinstellungen im Urteil
BGH, Beschl. v. 17.2.2016 – 4 StR 412/15 154
- StPO § 267: Bezugnahme auf Lichtbilder
BGH, Urt. v. 28.1.2016 – 3 StR 425/15 155
- StPO §§ 328, 335: Eine als Berufung zu behandelnde Sprungrevision darf nicht übergangen werden
OLG Köln, Beschl. v. 26.1.2016 – III-1 RVs 11/16, 83 Ss 67/15 155
- StPO § 338 Nr. 7: Das Fehlen der Urteilsgründe macht die rechtliche Prüfung im Revisionsverfahren unmöglich und ist bereits auf die Sachrüge hin beachtlich
KG, Urt. v. 20.1.2016 – (5)-121 Ss 155/15 (57/15) 156
- StPO § 406: Weiter Entscheidungsspielraum bei der Gewährung von Akteneinsicht an den Verletzten
Schleswig-Holsteinisches OLG, Beschl. v. 19.2.2016 – 1 Ws 59/16 (33/16) 157
- StPO § 478: Beschwerde gegen Akteneinsicht durch Dritte (Abschluss von KG StraFo 2013, 340 und BVerfG StraFo 2015, 375; nur Hinweis)
KG, Beschl. v. 15.12.2015 – 4 Ws 61/12 – 141 AR 305/12 157
- IRG § 83: Keine Auslieferung an Ungarn zur Strafverfolgung wegen einer mit lebenslanger Freiheitsstrafe bedrohten Tat
KG, Beschl. v. 14.12.2015 – (4) 151 AusA 121/15 157
- Materielles Strafrecht/Strafrechtliche Nebengebiete**
StGB § 11: Amtsträgereigenschaft eines Schulsekretärs, der nicht nach außen als Entscheidungsträger auftritt
BGH, Urt. v. 13.1.2016 – 2 StR 148/15 (BGHSt, nur Ls) 159

- StGB § 21: Alkoholrückrechnung mit Maximalwerten über einen langen Zeitraum
BGH, Urt. v. 14.10.2015 – 2 StR 115/15 159
- StGB § 41: Voraussetzungen der zusätzlichen Geldstrafe; mögliche Friktionen mit dem Grundsatz einkommensunabhängigen Strafens
BGH, Beschl. v. 26.11.2015 – 1 StR 389/15 160
- StGB § 46: Strafschärfende Berücksichtigung einer mangels Strafantrags nicht verfolgten Tat oder Tatmodalität
BGH, Beschl. v. 4.2.2016 – 2 StR 448/15 161
- StGB §§ 46, 243; StPO § 318: Gewerbsmäßigkeit betrifft nur den Rechtsfolgenausspruch
OLG Köln, Beschl. v. 12.1.2016 – III-1 RVs 243/15 162
- StGB §§ 46, 47; BtmG §§ 29 ff.: Keine Freiheitsstrafe für den bloßen Besitz von Kleinstmengen
OLG Stuttgart, Beschl. v. 27.1.2016 – 1 Ss 776/15 162
- StGB § 55: Keine „Abstimmung“ einer nach Jugendrecht verhängten Maßregel im Verfahren nach allgemeinem Strafrecht
BGH, Urt. v. 20.1.2016 – 2 StR 378/15 163
- StGB § 55: Zwei Zäsurwirkungen
BGH, Beschl. v. 3.2.2016 – 1 StR 646/15 165
- StGB § 73c: Teilschweigen zum Verbleib des Erlöses
BGH, Beschl. v. 3.2.2016 – 1 StR 606/15 166
- StGB § 213: Auch zwei Ohrfeigen können eine Misshandlung sein
BGH, Beschl. v. 13.1.2016 – 1 StR 581/15 167
- StGB 242: Alleingewahrsam von Minderjährigen an Sachen in der eigenen Wohnung
OLG Braunschweig, Urt. v. 4.3.2016 – 1 Ss 65/15 167
- StGB § 249: Finale Verknüpfung zwischen Gewaltanwendung und Wegnahme
BGH, Urt. v. 7.1.2016 – 2 StR 202/15 168
- StGB § 263; ProstG § 1: Die von einer Prostituierten erbrachten sexuellen Handlungen gehören zum strafrechtlich geschützten Vermögen – Zur Wertbestimmung von Leistungen anhand der Preisvereinbarung durch die Parteien
BGH, Urt. v. 2.2.2016 – 1 StR 435/15 (BGHSt, nur Ls) 169
- StGB §§ 339, 274, 133: Rechtsbeugung durch Verwaltungsbeamte
BGH, Urt. v. 27.1.2016 – 5 StR 328/15 169
- BtmG §§ 29 ff.: Zur Abgrenzung von straflosen Vorbereitungshandlungen und Handeltreiben
BGH, Beschl. v. 10.11.2015 – 3 StR 302/15 172
- BtmG § 30a: Der Erwerb ist mit dem Erlangen der eigenen tatsächlichen Verfügungsgewalt beendet
BGH, Beschl. v. 10.11.2015 – 3 StR 357/15 172
- StVG § 25; OWiG § 20: Einheitliches Fahrverbot bei zwei Ordnungswidrigkeiten, die in Tatmehrheit stehen
BGH, Beschl. v. 16.12.2015 – 4 StR 227/15 (BGHSt, nur Ls) 173
- Gebühren- und Kostenrecht**
RVG VV Nr. 4141: Befriedungsgebühr im laufenden Revisionsverfahren
OLG Braunschweig, Beschl. v. 8.3.2016 – 1 Ws 49/16 174
- RVG VV Nr. 7000: Die Darlegungs- und Beweislast für die Notwendigkeit des Ausdrucks von Datenträgern liegt beim Verteidiger (Aufgabe der bisherigen Rspr)
OLG Celle, Beschl. v. 11.12.2015 – 1 Ws 518/15 175

Rezension

- Otto Trifflerer/Kai Ambos*, The Rome Statute of the International Criminal Court (*Wamser*) 175

Beirat

RA Dr. Burkard Göpfert
RAin Dr. Simone Kämpfer
RA Prof. Dr. Christoph Knauer
RA Prof. Dr. Gerd Krieger
Prof. Dr. Hans Kudlich
RA Dr. Michael Racky (WisteV)
RA Dr. Rainer Spatscheck
RA Dr. Michael Tsambikakis
RAin Renate Verjans
(*geschäftsführend*)
■
RA Dr. Markus Adick
LOStA Folker Bittmann
RA Dr. Lars Böttcher
RAin Dr. Margarete
Gräfin von Galen
RA Prof. Dr. Ferdinand Gillmeister
Prof. Dr. Matthias Jahn
RA Dr. Thomas Keul
RA Christoph Lepper, LL.M.
RA Prof. Dr. Holger Matt
RA Dr. Bernd Rainer Mayer
RA Jes Meyer-Lohkamp
RAin Dr. Regina Michalke
RA Dr. Panos Pananis
RA Dr. Markus S. Rieder
RAin Dr. Heide Sandkuhl
RA Dr. Jörg Schauf
RAin Dr. Hellen Schilling
RA Dr. Bernd Wilhelm Schmitz
RA Dr. Oliver Sieg
RA PD Dr. Gerson Trüg
RA Dr. Florian Ufer
RA Nikolai Venn
RA Prof. Dr. Jochen Vetter
RA Dr. Marko Voß

Aufsätze

- Aktuelle Rechtsprechung zum „großen Ausmaß“ der Steuerhinterziehung
RA Dr. Rainer Spatscheck / RA Dr. Christian Bertrand 93
- Neue Entwicklungen in der Rechtsprechung des BGH zur Strafzumessung
bei Steuerhinterziehung
Dr. Matthias H. Gehm 96
- Bonusregelung und Selbstbelastungsfreiheit – unauflösbare Widersprüche
bei Kartellstraftaten?
RA Jes Meyer-Lohkamp / Joseph Hübner 99
- Beschlagnahmefreiheit von Unterlagen aus Internal Investigations – zugleich
Besprechung von LG Braunschweig, Beschluss vom 21.7.2015 (6 Qs 116/15)
RAin Jennifer Diedrichsen 104

Rechtsprechung

■ Zivilrecht

- Limited: Anwendung des § 64 GmbHG auf den Direktor einer Limited eng-
lischen oder walisischen Rechts („Kornhaas“)
(EuGH, Urt. v. 10.12.2015 – Rs. C-594/14) 107
- Zur Haftung des Treuhänders einer Anlagegesellschaft auf Ersatz des durch
vertragswidrige Führung des Mittelverwendungs-Kontos entstandenen Anla-
geschadens
(OLG Köln, Beschl. v. 19.10.2015 – 18 U 133/14) 110
- Zur unmittelbaren Haftung des Geschäftsführers einer insolventen GmbH ge-
genüber deren Gläubiger wegen Nichteinzahlung von Sicherheitseinbehalten
auf Sperrkonto
(LG Osnabrück, Urt. v. 16.10.2015 – 9 O 746/15)
m. Anm. *RA Dr. Frank Fichtner* 113

■ Steuerrecht

- Haftung des Geschäftsführers einer UG für Gewerbesteuerschulden
(VG Koblenz, Urt. v. 13.11.2015 – 5 K 526/15.KO) 116

■ Verfahrensrecht

- Zur Sachdarstellung einzelner Betrugshandlungen in den Urteilsgründen;
Schneeballsystem
(BGH, Urt. v. 24.9.2015 – 4 StR 115/15) 120
- Mitteilungspflichten nach Instanzwechsel
(OLG Hamburg, Beschl. v. 27.11.2015 – 1 – Rev 32/15)
m. Anm. *LOStA Folker Bittmann* 123
- Zur Antragsbefugnis im Rahmen von § 61 Abs. 1 S. 2 IRG
(OLG Stuttgart, Beschl. v. 9.11.2015 – 1 ARs 54/15)
m. Anm. *Univ.-Prof. Dr. Otto Lagodny* 126

...

Beschlagnahmefreiheit von im Gewahrsam des Beschuldigten befindlichen Verteidigungsunterlagen (LG Braunschweig, Beschl. v. 21.7.2015 – 6 Qs 116/15)	129
---	-----

Neue Bücher

Scholz, Franz, Kommentar zum GmbHG, 11. Aufl. 2015	131
--	-----

ZWH-aktuell

Impressum

Zeitschrift für Wirtschaftsstrafrecht und Haftung im Unternehmen – ZWH

Redaktion: RA Dr. Adil-Dominik Al-Jubouri (verantwortlicher Redakteur), Petra Fink (Redaktions-Sekr.), Anschrift des Verlages, Tel.: 02 21/9 37 38-5 61 (Red.) bzw. -4 99 (Vertrieb/Abonnementverwaltung), Fax: 02 21/9 37 38-9 52 (Redaktions-Sekr.) bzw. -9 43 (Vertrieb/Abonnementverwaltung), E-Mail: zwh@otto-schmidt.de, Internet: www.zwh-online.de. Zitierweise: ZWH.

Verlag Dr. Otto Schmidt KG, Gustav-Heinemann-Ufer 58, 50968 Köln, Postfach 51 10 26, 50946 Köln. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln.

Anzeigenverkauf: sales friendly Verlagsgesellschaft, Pfaffenweg 15, 53227 Bonn, Tel. 02 28/9 78 98-0, Fax 02 28/ 9 78 98-20, E-Mail: media@sales-friendly.de, gültig ist die Preisliste 6 vom 1.1.2016.

Satz: Griebisch & Rochol Druck GmbH & Co. KG, Gabelsberger Straße 1, 59069 Hamm.

Druck: rewi druckhaus, Reiner Winters GmbH, 57537 Wissen, E-Mail: typo@rewi.de.

Erscheinungsweise: Jeweils zum 15. eines Monats. Doppelausgaben im Januar und Juli.

Bezugspreis: Jahresabonnement 309,- €. (Print-Anteil 298,- €/Online-Anteil 11,- €**), Einzelheft 29,80 €. Für Mitglieder der Wirtschaftsstrafrechtlichen Vereinigung (WisteV) im Jahresabonnement 264,- € (Print-Anteil 253,- €/Online-Anteil 11,- €**). Alle Preise verstehen sich inkl. gesetzlicher MwSt. *7% oder **19% sowie zzgl. Versandkosten. Die Rechnungsstellung erfolgt jährlich zu Beginn des Bezugszeitraumes für das aktuelle Kalenderjahr (ggf. anteilig).

ISSN: 2192-8002.

Bestellungen bei jeder Buchhandlung sowie beim Verlag. Kündigungstermin für das Abonnement 6 Wochen vor Jahresschluss.

Hinweis für den Leser: Der Zeitschrifteninhalt wird nach bestem Wissen erstellt, Haftung und Gewähr müssen jedoch wegen der Komplexität und des ständigen Wandels der Rechtslage ausgeschlossen werden.

Urheber- und Verlagsrechte: Manuskripte werden nur zur Alleinveröffentlichung angenommen. Der Autor versichert, über die urheberrechtlichen Nutzungsrechte an seinem Beitrag einschließlich aller Abbildungen allein verfügen zu können und keine Rechte Dritter zu verletzen. Mit Annahme des Manuskripts (Aufsatz, Entscheidungsbearbeitung, Leitsatz) gehen für die Dauer von vier Jahren das ausschließliche, danach das einfache Nutzungsrecht vom Autor auf den Verlag über, jeweils auch für Übersetzungen, Nachdrucke, Nachdruckgenehmigungen und die Kombination mit anderen Werken oder Teilen daraus. Das Nutzungsrecht umfasst insbesondere auch die Befugnis zur Einspeicherung in Datenbanken sowie zur weiteren Vervielfältigung und Verbreitung zu gewerblichen Zwecken im Weg fotomechanischer, elektronischer und anderer Verfahren einschließlich CD-ROM und Online-Diensten.

Die Zeitschrift und alle veröffentlichten Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Dies gilt auch für Entscheidungen und deren Leitsätze, soweit sie redaktionell oder vom Einsender redigiert bzw. erarbeitet wurden. Jede vom Urheberrechtsgesetz nicht ausdrücklich zugelassene Verwertung bedarf vorheriger schriftlicher Zustimmung des Verlages. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung, Mikroverfilmung und Einspeicherung, Verarbeitung bzw. Wiedergabe in Datenbanken oder anderen elektronischen Medien und Systemen. Fotokopien dürfen nur als Einzelkopien für den persönlichen Gebrauch hergestellt werden. Das Zitieren von Rezensionen ist in vollem Umfang erlaubt.



D3-7276

forum poenale

Herausgeber · Editeurs · Editrici Jürg-Beat Ackermann Yvan Jeanneret Bernhard Sträuli Wolfgang Wohlers	RECHTSPRECHUNG JURISPRUDENCE GIURISPRUDENZA 66
Schriftleitung · Direction de revue · Direzione della rivista Anja Hasler	AUFSÄTZE ARTICLES ARTICOLI 90 Nicole Burger-Mittner: Die Grenzen des delegierten Ermittlungsauftrags an die Polizei 90 Marko Cesarov: Zur Gesamtstrafenbildung nach der konkreten Methode 97 Nadja Capus/David Studer: Stärkung der Verteidigungsrechte durch die Schweizerische Strafprozessordnung? – Eine Analyse von Einvernahmeprotokollen 103 Jenny Wattenhofer/Alice Seger: Die Problematik der Kostendeckungsbeschlagnahme nach Art. 263 Abs. 1 lit. b i.V.m. Art. 268 Abs. 2 StPO bei Familienwohnungen 110 Matthias Schwaibold: Kein Maulkorb ohne Paragraphen 115
	DOKUMENTATION DOCUMENTATION DOCUMENTAZIONI 120



RECHTSPRECHUNG | JURISPRUDENCE | GIURISPRUDENZA

Nr. 8	TF du 6.2.2015: bonne foi; traduction du contenu essentiel des actes de procédure les plus importants; indication des voies de droit	66
Nr. 9	KGer LU v. 17.2.2015: Anklagegrundsatz; Strafbefehl; Begründungspflicht (<i>Bemerkungen: Luzia Vetterli</i>)	68
Nr. 10	BGer v. 26.10.2015: Anspruch auf wirksame Verteidigung; Verteidigerwechsel (<i>Bemerkungen: Wolfgang Wohlers</i>)	73
Nr. 11	TF du 28.10.2015: requête écrite d'une partie; conséquences de l'absence de signature; interdiction du formalisme excessif	76
Nr. 12	BGer v. 23.10.2015: notwendige und amtliche Verteidigung (<i>Bemerkungen: Konrad Jeker</i>)	78
Nr. 13	BGer v. 30.7.2015: Voraussetzung der Durchsichtung eines Handys (<i>Bemerkungen: Thomas Hansjakob</i>)	82
Nr. 14	BGer v. 20.8.2015: Voraussetzung der Abnahme einer DNA-Probe und erkennungsdienstlicher Erfassung	86
Nr. 15	OGer ZH v. 28.9.2015: Massnahmen des Jugendstrafrechts gelten nicht als frühere Verurteilungen (<i>Bemerkungen: Caroline Engel</i>)	88

GESETZGEBUNG | LEGISLATION | LEGISLAZIONE

BÜPF – Differenzbereinigungsverfahren	120
Ordnungsbussengesetz – RK-N stimmt Entwurf zu	120

REZENSION | RECENSION | RECENSIONE

Gustav Hug-Beeli, Betäubungsmittelgesetz (BetmG): Kommentar zum Bundesgesetz über die Betäubungsmittel und die psychotropen Stoffe vom 3. Oktober 1951, Basel 2016 (<i>Peter Albrecht</i>)	125
--	-----

forum penale

Inhalt

In memoriam Dr. Wolfgang Six	122
„Es ist zu erwarten, dass aufgrund der ‚Panama Papers‘ die Forderungen nach noch mehr Transparenz von der ‚hohen Politik‘ gehört und aufgegriffen werden“ Im BFGjournal zu Gast: Gerhard Steiner, Executive Director eines internationalen Prüfungs- und Beratungsunternehmens, im Gespräch mit Dr. Angela Stöger-Frank	123
BFGjournal.media jetzt testen! Ihre Meinung zählt!	125
Sonderklassegebühren im Blickwinkel der außergewöhnlichen Belastung (BFG 18. 11. 2015, RV/5100437/2015 – Melanie Kittl)	126
Sachbezugsbewertung bei von einem Kfz-Händler an seine Arbeitnehmer zur Privatnutzung überlassenen Vorführkraftfahrzeugen (BFG 15. 2. 2016, RV/7103143/2014 – Martin Kuprian)	134
Umbaukosten als außergewöhnliche Belastungen (BFG 16. 2. 2016, RV/5100264/2014)	135
Bei Umwandlung kein Verlustübergang infolge qualifizierter Umfangsminderung des Betriebes (BFG 24. 11. 2015, RV/5100439/2011 – Klaus Hirschler Gottfried Sulz Christian Oberkleiner)	136
Ermittlung des Einheitswertes eines Wassergrundstückes im Uferbereich eines großen Sees (BFG 13. 1. 2016, RV/5101240/2009 – Wolfgang Frellinger)	149
Säumniszuschlag – Kontrollverschulden (BFG 25. 2. 2016, RV/2101435/2014)	151
Unzuständigkeit des BFG bei Zurückziehung eines Antrages auf Unterbleiben einer Beschwerdeentscheidung? (BFG 18. 11. 2015, RV/6100651/2015 – Ingrid Gumprecht)	152
Abzugsfähigkeit von Zahlungen aufgrund einer bürgschaftsbedingten Schuldübernahme (BFG 15. 2. 2016, RV/1100263/2013)	155
BFG-Entscheidungen zu Gebühren und Verkehrsteuern (BFG 14. 7. 2015, RV/7101783/2012; 30. 6. 2015, RV/7100231/2015; 16. 7. 2015, RV/7100189/2010; 16. 12. 2014, RV/7102680/2012; 21. 4. 2015, RV/3100260/2015 – Hedwig Bavenek-Weber)	156



TABLE OF CONTENTS

Articles

Fozia Nazir Lone

The Enigma of the Hong Kong Injunction Cases – A Perspective on Political Question Doctrine, Separation of Powers, Rule of Law and Universal Suffrage 3

Ricardo Perlingeiro

Due Process Prior to Administrative Decisions and Effective Judicial Protection in Brazil: A New Perspective? 30

Notes & Essays

Tímea Drinóczy

Constitutional Politics in Contemporary Hungary 63

Laith K Nasrawin

The Fiduciary Role of Members of Parliament and Ministers 99

Developments Austria

Thomas Müller & Müge Meltem Atsu

The Indiscriminate Ban on the Collection and Use of Data from Genetic Analyses Violates the Principle of Equality
Austrian Constitutional Court, Judgment of 8 October 2015, G 20/2015 et al 108

Hannah Grafl

Unconditional Right to Object to the Inclusion of Data in a Publicly Available Data Application Violates Art 10 ECHR
Austrian Constitutional Court, Judgment of 8 October 2015, G 264/2015 113

Developments CEE

Nedim Kulenović

Constitutional Court of Bosnia and Herzegovina: Adjudication of Power-Sharing Arrangements in Sub-State Constitutions
Decision of 26 March 2015, No U-14/12 120

Gergely G Karácsony

Hungarian Constitutional Court: The Unconstitutionality of Contracts and Amending Contracts via Legislative Measures
Judgment of 20 March 2014, Decision 8/2014 (III 20) 129

Book Reviews

136

Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht

Schriftleitung: Rechtsanwalt Professor Dr. Achim Schunder und
Rechtsanwältin Dr. Christiane Prause
Beethovenstraße 7b, 60325 Frankfurt a.M.



8 2016

Mit Beilage
Synopsis zum Asylpaket II

Inhalt

Aufsätze	<i>J. Brauneck</i> , Kein Zugang zu Dokumenten: Politischer Handlungsspielraum der EU-Kommission in Gefahr? 489	
	<i>D. Weghake</i> , Verfassungsmäßigkeit der vorzeitigen Besitzeinweisung und des vorzeitigen Enteignungsverfahrens nach dem Netzausbaubeschleunigungsgesetz 496	
Aufsätze Online	<i>N. Ullrich</i> , Das Versammlungsfreiheitsgesetz Schleswig-Holstein im Kontext europäischer Versammlungsgesetze 501	
Berichte	<i>A. Epiney</i> , Die Rechtsprechung des EuGH im Jahr 2015 zu Unionsbürgerschaft, Diskriminierungsverbot, Grundfreiheiten und Gleichstellungsrecht 503	
Zur Rechtsprechung	<i>J. Hohnerlein</i> , Verdeckte Ermittler – verdeckter Rechtsstaat? 511	
Mitteilungen	<i>T. Lülldorf</i> , Ewigkeitslasten im Kohlenbergbau 516	
Buchbesprechungen	<i>H. von der Groeben/J. Schwarze/A. Hatje</i> , Europäisches Unionsrecht (<i>M. Faber</i>) 517	
	<i>U. Battis/M. Krautzberger/R.-P. Löhr</i> , Baugesetzbuch (<i>K.-M. Ortloff</i>) 518	
Rechtsprechung		
EGMR	20. 1.15 – 16563/11	Voraussetzungen für die Zulässigkeit einer Verfassungsbeschwerde 519
EuGH	6. 10. 15 – C-59/14	Verjährung von Rückforderungsansprüchen 522
EuGH	17. 12. 15 – C-529/14	Steuerentlastung von Erdgas bei zweierlei Verwendungszweck (Ls.) 524
BVerfG	16. 12. 15 – 1 BvR 685/12	Erfolgreiche Verfassungsbeschwerde gegen Wesertunnel der A 281 in Bremen 524
LSAVerfG	23. 11. 15 – LVG 8/13	Antragsbefugnis des Landesrechnungshofs im Organstreitverfahren 527

BVerwG	14. 10. 15 – 9 C 22/14	Vergnügungsteuer für den Betrieb einer Spielhalle Anm. C. Weidemann	529 534
BVerwG	5. 8. 15 – 6 C 8/14	Verletzung der Privatautonomie der Postkunden durch überhöhte Entgelte	535
BVerwG	29. 7. 15 – 6 C 35/14	Notenschutz bei Behinderten	541
BVerwG	7. 7. 15 – 1 B 18/15	Vertretungsberechtigung beim nicht rechtsfähigen Verein	546
BGH	6. 10. 15 – EnVR 32/13	Befreiung von Netzentgelten	548
BGH	16. 9. 15 – V ZB 194/14	Abschiebungshaft trotz fehlender Befristungsentscheidung	549
OLGHamm	16. 12. 15 – 11 U 5/14	Auskunftsanspruch eines Journalisten gegen Unternehmen Anm. M. Thelen	551 554
BSG	5. 5. 15 – B 10 KG 1/14 R	Gewährung von Kindergeld an nicht freizügigkeitsberechtigten Ausländer Anm. B. Huber	555 559

NVwZ aktuell

In eigener Sache, NJW	V
Rechtsprechung in Pressemitteilungen	V
Rechtsprechung in Leitsätzen	VI
Gesetzgebung, Veranstaltungen	VII
Leserbrief	VII

ISSN 0721-880X

NVwZ – Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht

Schriftleitung und Verlagsredaktion:
Rechtsanwalt Professor Dr. Achim Schunder (verantwortlich für den Textteil) und Rechtsanwältin Dr. Christiane Prause.
Beethovenstraße 7b, 60325 Frankfurt a.M., Postanschrift: Postfach 11 02 41, 60037 Frankfurt a.M., Telefon: (0 69) 75 60 91-0, Telefax: (0 69) 75 60 91-49.
E-Mail: NVwZ@beck-frankfurt.de, Internet: www.nvwz.de.

Manuskripte: Manuskripte sind an die Redaktion zu senden. Der Verlag haftet nicht für Manuskripte, die unverlangt eingereicht werden. Sie können nur zurückgegeben werden, wenn Rückporto beigefügt ist. Die Annahme zur Veröffentlichung muss schriftlich erfolgen. Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag C.H.BECK an seinem Beitrag für die Dauer des gesetzlichen Urheberrechts das exklusive, räumlich und zeitlich unbeschränkte Recht zur Vervielfältigung und Verbreitung in körperlicher Form, das Recht zur öffentlichen Wiedergabe und Zugänglichmachung, das Recht zur Aufnahme in Datenbanken, das Recht zur Speicherung auf elektronischen Datenträgern und das Recht zu deren Verbreitung und Vervielfältigung sowie das Recht zur sonstigen Verwertung in elektronischer Form. Hierzu zählen auch heute noch nicht bekannte Nutzungsformen. Das in § 38 Abs. 4 UrhG niedergelegte zwingende Zweitverwertungsrecht des Autors nach Ablauf von 12 Monaten nach der Veröffentlichung bleibt hiervon unberührt.

Urheber- und Verlagsrechte: Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Das gilt auch für die veröffentlichten Gerichtsentscheidungen und ihre Leitsätze, denn diese sind geschützt, soweit sie vom Einsender oder von der Schriftleitung erarbeitet oder redigiert worden sind. Der Rechtsschutz gilt auch gegenüber Datenbanken und ähnlichen Einrichtungen. Kein Teil dieser Zeitschrift darf außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ohne schriftliche Genehmigung des Verlags in irgendeiner Form vervielfältigt, verbreitet oder öffentlich wiedergegeben oder zugänglich gemacht, in Datenbanken aufgenommen, auf elektronischen Datenträgern gespeichert oder in sonstiger Weise elektronisch vervielfältigt, verbreitet oder verwertet werden.

Anzeigenabteilung: Verlag C.H.BECK, Anzeigenabteilung, Wilhelmstraße 9, 80801 München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München. Media-Beratung: Telefon (0 89) 3 81 89-687, Telefax (0 89) 3 81 89-589.

Disposition, Herstellung Anzeigen, technische Daten: Telefon (0 89) 3 81 89-598, Telefax (0 89) 3 81 89-599, E-Mail anzeigen@beck.de
Verantwortlich für den Anzeigenteil: Bertram Götz.

Verlag: Verlag C.H.BECK oHG, Wilhelmstr. 9, 80801 München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München, Telefon: (0 89) 3 81 89-0, Telefax: (0 89) 3 81 89-3 98, Postbank München IBAN: DE82 7001 0080 0006 2298 02, BIC: BPNKDEFFXXX.

Erscheinungsweise: Zweimal monatlich. Kombinationsbezug NVwZ mit zweimal monatlichem Beiheft (Nebenblatt) NVwZ-Rechtsprechungs-Report Verwaltungsrecht.

Bezugspreise 2016: NVwZ ohne NVwZ-RR: halbjährlich € 154,50 (inkl. MwSt.); *Vorzugspreis* für NJW-Bezieher, Studenten (fachbezogener Studiengang) sowie Referendare (gegen Nachweis) halbjährlich € 137,50 (inkl. MwSt.); Einzelheft: NVwZ € 16,50 (inkl. MwSt.); NVwZ mit NVwZ-RR: halbjährlich € 244,50 (inkl. MwSt.); *Vorzugspreis* (w.o.) halbjährlich € 217,50 (inkl. MwSt.). Einzelheft NVwZ m. RR € 25,- (inkl. MwSt.). Die Rechnungsstellung erfolgt zu Beginn eines Bezugszeitraumes. Nicht eingegangene Exemplare können nur innerhalb von 6 Wochen

nach dem Erscheinungstermin reklamiert werden.
Jahresteiile und -register sind nur noch mit dem jeweiligen Heft lieferbar.

Versandkosten jeweils zuzüglich.

Bestellungen über jede Buchhandlung und beim Verlag.

Kundenservicecenter:
Telefon: (0 89) 3 81 89-750, Telefax: (0 89) 3 81 89-358. E-Mail: bestellung@beck.de

Abbestellungen müssen 6 Wochen vor Halbjahresschluss erfolgen.

Adressenänderungen: Teilen Sie uns rechtzeitig Ihre Adressenänderungen mit. Dabei geben Sie bitte neben dem Titel der Zeitschrift die neue und die alte Adresse an.

Hinweis gemäß § 7 Abs. 5 der Postdienste-Datenschutzverordnung: Bei Anschriftenänderung des Bezieher kann die Deutsche Post AG dem Verlag die neue Anschrift auch dann mitteilen, wenn kein Nachsendeantrag gestellt ist. Hiergegen kann der Bezieher innerhalb von 14 Tagen nach Erscheinen dieses Heftes beim Verlag widersprechen.

Druck: Kessler Druck und Medien GmbH & Co. KG, Michael-Schäffer-Straße 1, 86399 Bobingen.

INHALT 8 · 2016

DVBI aktuell
Vorschau/Impressum

III Werner/Pastor: Der Bauprozess – prozessuale und materielle Probleme des zivilen Bauprozesses
VII Prof. Dr. Thomas Mann, Göttingen 497

Aufsätze

Asylgesetzgebung auf dem Prüfstand
Präsident des Bundesverwaltungsgerichts
Prof. Dr. Dr. h.c. Klaus Rennert, Leipzig 457

Aktuelle Rechtsprechung aus dem 4. (Baurechts-) Senat
VRiBVerwG Prof. Dr. Rüdiger Rubel, Leipzig 459

Das Berufungs-(Zulassungs-)verfahren – Aktuelle Probleme aus richterlicher Sicht
PräsOVG Joachim Buchheister, Berlin 469

In-camera-Verfahren vor den Verwaltungsgerichten
VRiBVerwG Werner Neumann, Leipzig 473

Grundrechtsdefizite in der Judikatur zu den freien Berufen – Bedeutungsverlust des BVerfG
Rechtsanwalt Dr. Michael Kleine-Cosack, Freiburg 483

Richter auf Zeit am Verwaltungsgericht
Präsident des VG Dr. Joachim Kronisch, stellv. Mitglied des LVerfG Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin 490

Buchbesprechungen

Boysen/Kaiser/Meinel (Hrsg.): Verfassung und Verteilung, Beiträge zu einer Grundfrage des Verfassungsverständnisses
Ministerialrat Dr. Michael Fuchs, M.A., Magister rer. publ., Berlin 494

Fohrbeck: Wunsiedel: Billigung, Verherrlichung, Rechtfertigung
Prof. Dr. Christian Pestalozza, Berlin 494

Walter: Verfassungsprozessuale Umbrüche. Eine rechtsvergleichende Untersuchung zur französischen Question prioritaire de constitutionnalité
Ruth Weber, Freiburg/Paris 495

König/Kropp/Kuhlmann/Reichard/Sommermann/Ziekow (Hrsg.): Grundmuster der Verwaltungskultur. Interdisziplinäre Diskurse über kulturelle Grundformen der öffentlichen Verwaltung
Prof. Dr. Alexander Windoffer, Potsdam 496

Munsonius: Evangelisches Kirchenrecht. Grundlagen und Grundzüge
Prof. Dr. Stefan Muckel, Köln 498

Rüthers/Fisher/Birk: Rechtstheorie mit Juristischer Methodenlehre
Regierungsrat Dr. Adolf Rebler, Regensburg 499

Rechtsprechung

Europäischer Gerichtshof
EuGH, 1. K., Urte. v. 25.02.2016 – C-299/14 – (Jobcenter Recklinghausen)
Die EU ist keine Sozialunion – mit Anmerkung Frenz 500

Bundesverfassungsgericht
BVerfG, 2. Sen., Beschl. v. 15.12.2015 – 2 BvL 1/12 – Treaty Override ist verfassungsrechtlich zulässig – mit Anmerkung Frenz 503

Oberverwaltungsgerichte / Verwaltungsgerichtshöfe
OVG NRW, Urte. v. 12.11.2015 – 7 D 66/14.NE – Wirksamkeit einer städtebaulichen Sanierungsatzung 512

Nds OVG, Urte. v. 01.02.2016 – 9 KN 277/14 – Wirksamkeit einer Fremdenverkehrsbeitragssatzung 516

OVG RP, Urte. v. 13.01.2016 – 1 A 10955/13 – nicht rechtskräftig
Zur Zulässigkeit von Katasterabweichungen bei Vermessungen 520

Arbeitsgericht
ArbG OS, Urte. v. 10.02.2016 – 4 Ca 395/15 Ö – Verstoß gegen das Verbot der Diskriminierung Behinderter 523

Beilagenhinweis:

Mit dieser Ausgabe verteilen wir eine Beilage der Verlag C.H. Beck oHG, München.
Wir bitten freundlich um Beachtung.

Inhaltsverzeichnis

Abhandlungen

<i>Bernd Grzeszick/Michael Limanowski</i> , Heidelberg, Nachamtliche Berufsverbote für Politiker – Karenzzeitregelungen im Spannungsfeld zwischen rechtlicher und politischer Verantwortlichkeit	313
<i>Walter Frenz</i> , Aachen, Überwiegende öffentliche Interessen gegen Fracking-Berechtigungen?	322
<i>Steffen Rittig</i> , Mainz, Dienstpostenbündelung in Rechtsprechung, Literatur und Verwaltungspraxis	330
<i>Paul Tiedemann</i> , Frankfurt/Gießen, Zur Verfassungswidrigkeit der interkommunalen Kostenausgleichspflicht nach § 28 HKJGB	338

Bericht

<i>Wolfgang Abromeit</i> , Potsdam/Berlin, Der ReNEUAL-Musterentwurf für ein Europäisches Verwaltungsverfahrenrecht	345
---	-----

Buchbesprechungen

<i>Thomas Wischmeyer</i> , Die Kosten der Freiheit – Grundrechtsschutz und Haushaltsautonomie (<i>Ulrich Karpen</i>)	348
<i>Friedrich Schoch/Jens-Peter Schneider/Wolfgang Bier</i> (Hrsg.), Verwaltungsgerichtsordnung; Loseblatt-Kommentar, 28. Erg. Lfg. März 2015 (<i>Herbert Bethge</i>)	349

Leitsätze

Internationale Gerichtshöfe

191. <i>EGMR</i> , Urteil vom 12.1.2016 – Beschwerde Nr. 61496/08 – <i>Barbulescu</i> – Überwachung der Internetnutzung eines Arbeitnehmers	350
192. <i>EGMR</i> , Urteil vom 19.1.2016 – Beschwerde Nr. 17429/10 – <i>Kalda</i> – Verweigerung des Zugangs zu bestimmten Internetseiten in Haft	350

Gerichte der Europäischen Union

193. <i>EuGH</i> , Urteil vom 4.2.2016 – C-336/14 – <i>Ince</i> – Strafrechtliche Sanktionen für Sportwettenvermittlung	350
---	-----

Verfassungsgerichte

194. <i>BVerfG</i> , Beschluss vom 16.12.2015 – 2 BvR 1958/13 – Zulässigkeit einer Dienstpostenbündelung	351
195. <i>HambVerfG</i> , Urteil vom 20.10.2015 – HVerfG 5/15 – Aufstellung von Wahlvorschlägen; Grundsatz der geheimen Wahl; Wahlkreiseinteilung	351
196. <i>HambVerfG</i> , Urteil vom 8.12.2015 – HVerfG 2/15 – Wahl nach Wahlkreislisten; Gleichheit der Wahl; Chancengleichheit der Parteien	351
197. <i>LVerfG LSA</i> , Urteil vom 25.1.2016 – LVG 6/15 – Parlamentarisches Frage- und Auskunftsrecht	352

Verwaltungsgerichtsbarkeit

Abgabenrecht

198. <i>BVerwG</i> , Beschluss vom 21.12.2015 – 9 B 46.15 – Wirtschaftliche Grundstückseinheit im Erschließungsbeitragsrecht	352
--	-----

Öffentliches Dienstrecht

199. <i>BVerwG</i> , Urteil vom 17.9.2015 – 2 C 27.14 – Ankreuzverfahren und Dienstpostenbündelung bei dienstlichen Beurteilungen	352
200. <i>BVerwG</i> , Beschluss vom 19.10.2015 – 5 P 11.14 – Ausschluss eines Personalratsmitglieds wegen Befangenheit	353
201. <i>BVerwG</i> , Beschluss vom 24.11.2015 – 5 P 13.14 – Mitbestimmung; Erstfestsetzung von Erfahrungsstufen	353
202. <i>BVerwG</i> , Beschluss vom 7.12.2015 – 2 B 79.14 – Zeitpunkt des Eintritts des Versorgungsfalls	353



203. <i>VGH BW</i> , Urteil vom 26.11.2015 – 2 S 1075/14 – Beihilfefähigkeit von Aufwendungen für die Anschaffung von Hörgeräten	353
204. <i>OVG NRW</i> , Beschluss vom 21.12.2015 – 6 A 2131/14 – Polizeidienstunfähigkeit; Anordnung eines Laufbahnwechsels	353

Schul-, Hochschul- und sonstiges Kultusrecht; Prüfungsrecht

205. <i>OVG NRW</i> , Urteil vom 16.12.2015 – 14 A 1263/14 – Studiengang „Bachelor of Laws“; Anerkennung von Prüfungsleistungen	353
---	-----

Post- und Telekommunikationsrecht

206. <i>OVG NRW</i> , Beschluss vom 7.1.2016 – 13 A 999/15 – Infrastrukturatlas der Bundesnetzagentur; Datenlieferungsverpflichtung	354
---	-----

Bau- und Planungsrecht

207. <i>VGH BW</i> , Urteil vom 16.12.2015 – 5 S 88/14 – Baugenehmigungsgebühr; Gebührenbefreiung	354
208. <i>OVG Rheinl.-Pf.</i> , Urteil vom 13.1.2016 – 8 A 10535/15.OVG – Genehmigung von Windkraftanlagen; Störung der Funktionsfähigkeit eines Wetterradars	354

Wasserrecht

209. <i>VGH BW</i> , Urteil vom 15.12.2015 – 3 S 2158/14 – Betrieb eines Wasserkraftwerks; Festlegung einer Mindestwasserführung	354
--	-----

Straßen-, Wege- und Verkehrsrecht

210. <i>VGH BW</i> , Urteil vom 7.10.2015 – 5 S 2020/13 – Planfeststellung für den Neubau einer Betriebswerkstatt	355
211. <i>VGH BW</i> , Urteil vom 10.11.2015 – 5 S 2108/14 – Räum- und Streupflicht; Straßenanlieger; unbebaute Fläche	355
212. <i>BayVGH</i> , Beschluss vom 19.1.2016 – 11 CS 15.2403 – Entziehung der Fahrerlaubnis; Drogenkonsum; Behauptung der Verabreichung durch Dritte	355

Ausländer- und Staatsangehörigkeitsrecht

213. <i>BVerwG</i> , Urteil vom 16.11.2015 – 1 C 4.15 – Zweit Antrag eines unbegleiteten minderjährigen Asylbewerbers	355
214. <i>VGH BW</i> , Urteil vom 9.12.2015 – 11 S 1857/15 – Befristung des Einreise-, Aufenthalts- und Erteilungsverbots	355

Soldaten-, Wehr- und Zivildienstrecht

215. <i>BVerwG</i> , Urteil vom 26.11.2015 – 5 C 14.14 – Umzugskostenvergütung für Berufssoldaten aus Anlass der Begründung eines neuen Berufs nach Eintritt in den vorzeitigen Ruhestand	355
---	-----

Sonstiges Verwaltungsrecht

216. <i>BVerwG</i> , Urteil vom 24.9.2015 – 5 C 13.14 – Entschädigungserfüllungsanspruch einer ausländischen Gesellschafterin einer enteigneten Unternehmensträgerin	355
--	-----

Verwaltungsverfahren-, -zustellungs- und -vollstreckungsrecht

217. <i>VGH BW</i> , Beschluss vom 17.12.2015 – 8 S 2187/15 – Abbruchsanordnung; Vollstreckung; Gleichheitssatz	355
---	-----

Gerichtsverfahrensrecht

218. <i>VGH BW</i> , Urteil vom 10.12.2015 – 2 S 1516/14 – Ordnungsgemäße Durchführung des Vorverfahrens; Einlegung des Widerspruchs; Rechtsbehelfsbelehrung, Wiedereinsetzung	356
219. <i>OVG NRW</i> , Beschluss vom 15.12.2015 – 8 E 1150/15 – Unterlassungsanspruch gegen Einwirkungen durch Laub und Fruchtabfall von Bäumen; Rechtsweg	356
220. <i>VGH BW</i> , Beschluss vom 18.12.2015 – 3 S 2424/15 – Anfechtbarkeit von Zwischenentscheidungen im vorläufigen Rechtsschutzverfahren	356

Infrastruktur

Energie · Verkehr · Abfall · Wasser

Geschäftsführender Herausgeber

Prof. Dr. Christian Theobald
BBH

Herausgeber

RiBVerfG Prof. Dr. Gabriele Britz
Bundesverfassungsgericht

Christian Held
BBH, Europäischer Verband der unabhängigen Strom-
und Gasverteilerunternehmen (GEODE)

Prof. Dr. Georg Hermes
Universität Frankfurt a.M.

Folkert Kiepe
Beigeordneter a.D. Deutscher Städtetag

Prof. Dr. Christian Koenig
Universität Bonn

Holger Lösch
Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI)

Prof. Dr. Jürgen Kühling
Universität Regensburg

Andrees Gentsch
Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V.
(BDEW)

Reiner Metz
Verband Deutscher Verkehrsunternehmen e.V. (VDV)

Dr. Christiane Nill-Theobald
TheobaldConsulting

Detlef Raphael
Deutscher Städtetag

Prof. Dr. Jens-Peter Schneider
Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

Adolf Topp
AGFW | Der Effizienzverband für Wärme, Kälte und
KWK e.V.

Inhaltsverzeichnis

Beiträge

<i>M. Hartwig:</i> Parkplatzversteigerung via App: der Verkauf öffentlichen Parkraums durch Private	74
<i>S. Michaels:</i> Zur Bedeutung der Vergaberechtsreform 2016 für kommunale Versorgungsunternehmen (Teil 1)	77

Energie

<i>BGH:</i> Ansprüche des Dienstbarkeitsberechtigten bei Vereinbarung der Verlegung des Wegerechts	83
<i>BGH:</i> Grenzen des Sonderkündigungsrechts aus § 41 III 2 EnWG und Anforderungen an Vertragsänderungsklauseln mit Genehmigungsfiktion	85
<i>OLG Düsseldorf:</i> Zum Nachweis der Betriebsnotwendigkeit von Umlaufvermögen	86
<i>OLG Düsseldorf:</i> Berücksichtigung der Ziele des § 1 EnWG im Rahmen von Konzessionsierungsverfahren	88
<i>LG Hamburg:</i> EEG-Umlagepflicht bei vermeintlicher Nutzenergielieferung	89
<i>LG Heidelberg:</i> Zu den Voraussetzungen, anhand derer die für eine Eigenerzeugung nach EEG erforderliche Stellung als Erzeuger des Stroms ermittelt wird	91
<i>VGH Kassel:</i> Umweltverträglichkeitsprüfung und artenschutzrechtliche Belange bei Windenergieanlagen	92
<i>FG Gotha:</i> Netzverluste eines Fernwärmenetzes sind energiesteuerlich entlastungsfähig	93
<i>FG Neustadt a.d. Weinstraße:</i> Lieferung von Biomasse als Gehaltslieferung i.S.d. § 3 V UStG	94

Wasser

<i>VG Aachen:</i> Festsetzungen von Eluat-Zuordnungswerten für den Bodenaushub	95
--	----

In Zusammenarbeit mit der
Neuen Juristischen Wochenschrift



Inhalt

Aufsätze

Prof. Dr. Alfred Katz, Rechtsanwalt, Neu-Ulm, Erster Bürgermeister a. D., Ulm, Honorarprofessor an der Hochschule für Öffentliche Verwaltung und Finanzen in Ludwigsburg
73 Kommunalunternehmen als GmbH (AG) – Gestaltung der GmbH/des Gesellschaftsvertrags im Konflikt mehrerer „Rechtsregime“

Prof. Dr. habil. Michael Broer, Professor für Volkswirtschaftslehre an der Ostalia Hochschule für angewandte Wissenschaften, Wolfsburg
82 Die bergrechtliche Förderabgabe und der Ländervorschlag zur Reform der bundesstaatlichen Finanzbeziehungen – verfassungsrechtliche Probleme und finanzielle Wirkungen auf Länder und Kommunen

Gabriele C. Klug, Kämmerin der Stadt Köln
86 Generationengerecht und handlungsfähig bei leistungsfähiger Infrastruktur – Nachhaltige Finanzplanung im Konzern Stadt Köln

Christian Trost, Diplom-Betriebswirt (FH) und Steuerberater, Münster
89 Neue Voraussetzungen für die Unternehmereigenschaft der juristischen Person des öffentlichen Rechts

Aus der Rechtsprechung
93

04 Fachzeitschrift
2016 für das kommunale Haushalts- und Wirtschaftsrecht,
 das Kassen-, Rechnungs- und Prüfungswesen sowie
 das gesamte kommunale Abgabenrecht
 117. Jahrgang

der gemeinrechtliche Haushalt



W
 WIRTSCHAFTS
 UNIVERSITÄT
 WÜRZBURG
 D3-2313



2 2016
51. Jahrgang
Seite 129 – 231

EUROPARECHT

HERAUSGEGEBEN VON PROF. DR. DR. H.C. CLAUS-DIETER EHLERMANN, ehem. Generaldirektor der EU-Kommission, Rechtsanwalt, Brüssel | PROF. DR. DR. H.C. ULRICH EVERLING, ehem. Richter am EuGH, Universität Bonn | PROF. DR. ARMIN HATJE, Universität Hamburg | PROF. DR. MEINHARD HILF, Bucerius Law School, Hamburg | PROF. DR. DR. H.C. PETER-CHRISTIAN MÜLLER-GRAFF, Universität Heidelberg | PROF. DR. GERT NICOLAYSEN, Universität Hamburg | PROF. DR. MATTHIAS RUFFERT, Universität Jena | PROF. DR. JÜRGEN SCHWARZE, Universität Freiburg | PROF. DR. DR. H.C. VASSILIOS SKOURIS, Präsident des Gerichtshofs der Europäischen Union, Luxemburg | PROF. DR. ULRICH WÖLKER, Juristischer Dienst der EU-Kommission, Brüssel

SCHRIFTFLEITER: PROF. DR. ARMIN HATJE, Universität Hamburg | DR. INGO BRINKER, LL.M., Rechtsanwalt, München

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

- Prof. Dr. Andreas Haratsch, Hagen*
Nationale Identität aus europarechtlicher Sicht 131
- Prof. Dr. Frank Schorkopf, Göttingen*
Wertesicherung in der Europäischen Union. Prävention, Quarantäne und Aufsicht als Bausteine eines Rechts der Verfassungskrise? 147
- Prof. DDr. Michael Potacs, Wien*
Wertkonforme Auslegung des Unionsrechts? 164

RECHTSPRECHUNG

- Prof. Dr. Jörg Gundel, Bayreuth*
Der Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte als Eingriff in die Grundrechtecharta – Neues zur Reichweite des EU-Grundrechtsschutzes gegenüber den Mitgliedstaaten und zur lex-mitior-Garantie 176
- Prof. Dr. Ekkehard Hofmann, Trier*
Der Abschied von der (ohnein meist falsch verstandenen) Verfahrenautonomie der Mitgliedstaaten? Anmerkung zu EuGH v. 15. 10. 2015, Rs. C-137/14 188

KLEINERE BEITRÄGE, BERICHTE UND DOKUMENTE

- Dr. Jan Hoffmann, Cottbus*
Der Gerichtshof der Europäischen Union – re-organisiert 197

Prof. Dr. Thomas Jaeger, Wien
Zum Vorschlag einer permanenten Investitionsgerichtsbarkeit 203

REZENSION

Andreas Bartosch, EU-Beihilfenrecht, Kommentar
(Hans Arno Petzold) 229



Nomos

European Human Rights Law Review

Issue 2 2016



Table of Contents

Opinion

- The European Court of Human Rights at a Time of Crisis in Europe
Linos-Alexandre Sicilianos 121

- Bulletin** 136

- Bulletin: Counter-Terrorism and Human Rights** 140

Articles

- British Air Strikes against ISIS in Syria: Legal Issues under the European Convention on Human Rights
Michael Ramsden 151

- The Extraterritoriality of the ECHR: Why *Jaloud* and *Pisari* Should be Read as Game Changers
Lea Raible 161

- The Advocate General; EU Adversarial Procedure; Accession to the ECHR
Diane Ryland 169

- Using an Integrated Human Rights-based Approach to Address Modern Slavery: the UK Experience
Amy Weatherburn 184

Case Analysis

- Case comment: *R. (on the application of Yam) v Central Criminal Court*
Paul Scott 195

Case and Comment

- Roman Zakharov v Russia* 201

- Kristiansen v Norway* 205

- Ebrahimian v France* 208

- Annen v Germany* 211

- SC Antares Transport SA and SC Transroby SRL v Romania* 214

ZH and RH v Switzerland	217
Budaházy v Hungary	219
Basenko v Ukraine	223
Book Reviews	227

The Eur
Sweet &
No. 167

Comput
]

Each a
Sweet &
used i
keywor
to whic
of ea
confort
terms

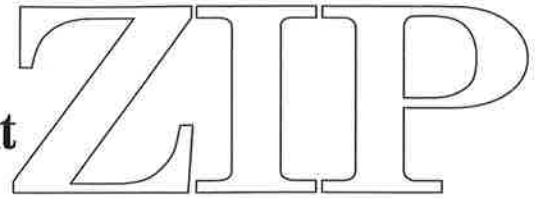
Crown

Extra
Data
EU n

All ri
storec
the C
Licen
use

Th

E.H.
deba
it



37. Jahrgang
Heft 15
15. April 2016

Herausgeber:
RA Dr. Bruno M. Kübler
(Geschäftsführender Herausgeber)
Prof. Dr. Reinhard Bork
Prof. Dr. Wolfgang Lücke
Prof. Dr. Hanns Prütting
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Karsten Schmidt

Herausgeberbeirat:
Prof. Dr. Holger Altmeppen
Vors. Richter am BGH Prof. Dr. A. Bergmann
Prof. Dr. Georg Bitter
Prof. Dr. Moritz Brinkmann
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. C.-W. Canaris
Prof. Dr. Ulrich Ehrlicke
Prof. Dr. Horst Eidenmüller
Prof. Dr. Dr. h. c. Holger Fleischer
Prof. Dr. Walter Gerhardt
RA Dr. Burkard Göpfert
Vors. Richter am BGH a. D. Prof. Dr. W. Goette
MinDir. Marie Luise Graf-Schlicker
Prof. Dr. Mathias Habersack

Prof. Dr. Dr. h. c. Wolfram Henckel
Prof. Dr. Florian Jacoby
RA/StB Dr. Günter Kahlert
Vors. Richter am BGH Prof. Dr. G. Kayser
RA Dr. Bernd Klasmeyer
Prof. Dr. Lars Klöhn
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Marcus Lutter
Prof. Dr. Christoph G. Paulus
Vors. Richter am BGH a. D. Dr. h. c. V. Röhrich
Prof. Dr. Carsten Schäfer
Prof. Dr. Christoph Thole
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Peter Ulmer
RA Prof. Dr. Friedrich Graf von Westphalen

Inhaltsverzeichnis

ZIP-aktuell

EuGH zur Aufsicht über Fluggastrechte	A 29	Nr. 113
BGH zur Zustimmungspflicht des Gesellschafters zu Beschlussanträgen	A 29	Nr. 114
BGH zur Weitergabe gestiegener Bezugskosten an Gaskunden ...	A 29	Nr. 115
BGH: Keine Titelumschreibung nach Formwechsel OHG in GbR ...	A 29	Nr. 116
BFH zu Währungsverlust bei Liquidation ausländischer Unterpersonengesellschaft	A 30	Nr. 117
OLG Frankfurt/M.: Bearbeitungsentgelt in Darlehensvertrag mit Unternehmer unwirksam	A 30	Nr. 118
RegE zur Investmentbesteuerung	A 30	Nr. 119

Aufsätze

<i>York Schnorbus</i> <i>Sebastian Plassmann, Frankfurt/M.</i>	Bilanzierung eines schuldrechtlichen Agios als andere Zuzahlung gem. § 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB	693
<i>Ulrich G. Schroeter, Mannheim</i>	Die regulatorische Verwendung von Ratings an deutschen Börsensegmenten für „Mittelstandsanleihen“: Bestandsaufnahme und Bewertung	703

Rechtsprechung

Bank- und Kreditsicherungsrecht

BGH 19. 1. 2016 – XI ZR 103/15 +	Keine Vorfälligkeitsentschädigung bei vorzeitiger Kündigung eines Verbraucherdarlehens infolge Zahlungsverzugs	709
----------------------------------	---	------------

Internet

www.zip-online.de: Volltexte ab Heft 1/1980 mit komfortabler Suchfunktion und zitierfähigen Fundstellen – für ZIP-Abonnenten kostenfrei

Gesellschafts- und Kapitalmarktrecht

EuGH	7. 4. 2016 – Rs C-483/14	Zum auf Nachranganleihen der übertragenden Gesellschaft anwendbaren Recht bei grenzüberschreitender Verschmelzung („KA Finanz“)	712
OLG Frankfurt/M.	29. 1. 2016 – 21 W 70/15	Zur Berücksichtigung zum Bewertungsstichtag bereits angelegter ertragsrelevanter Ereignisse (hier: laufendes Vergabeverfahren) bei der Unternehmensbewertung	716
OLG Dresden	28. 10. 2015 – 13 U 788/15	Ersatzloser Untergang eines Geschäftsanteils mit Einziehung	720

Vertrags- und Haftungsrecht

BGH	24. 2. 2016 – VIII ZR 38/15	Darlegungs- und Beweislast des Schuldners für Verjährung auch bei verschiedenen Verjährungsfristen für Mängelansprüche	722
-----	-----------------------------	--	-----

Insolvenz- und Sanierungsrecht

BGH	3. 3. 2016 – IX ZR 119/15	Haftung des Insolvenzverwalters für Verschulden des mit der Durchsetzung einer zur Masse gehörenden Forderung beauftragten Rechtsanwalts	727
BFH	21. 10. 2015 – XI R 28/14 +	Vorsteuerabzug aus der Rechnung des Nachlassinsolvenzverwalters – nur anteilig bei Leistungsbezügen aus wirtschaftlicher und nicht wirtschaftlicher Tätigkeit	731
OLG Frankfurt/M.	11. 11. 2015 – 17 U 121/14	Zur Insolvenzanfechtung der Befreiung des Gesellschafters von Sicherheiten für ein Gesellschaftsdarlehen durch Tilgung des Darlehens	733
AG Göttingen	13. 1. 2016 – 21 C 97/15	Aufrechnung der Bank gegen Rückforderungsanspruch des Insolvenzverwalters wegen Zahlung eines unwirksam vereinbarten Bearbeitungsentgelts	735
FG Leipzig	9. 12. 2015 – 8 K 1112/15	Keine Aufrechnung des FA mit Masseforderung gegen nach Restschuldbefreiung entstandenem Steuererstattungsanspruch	737

Arbeits- und Sozialrecht

LAG Düsseldorf	18. 11. 2015 – 4 Sa 478/15	Sonderkündigungsrecht des Insolvenzverwalters trotz Ausschlusses betriebsbedingter Kündigungen in einem Sanierungstarifvertrag	737
-------------------	----------------------------	--	-----

Verfahrens- und Vollstreckungsrecht

BGH	25. 2. 2016 – IX ZB 61/15	Kein Rechtsmittel des Antragsgegners gegen Rechtswegverweisung im PKH-Verfahren	739
-----	---------------------------	---	-----

Beilagenhinweis: Dieser Ausgabe liegt je eine Beilage des Verlags C. H. Beck, München, der Verlag C. F. Müller GmbH, Heidelberg, und der RWS Verlag Kommunikationsforum GmbH, Köln, bei. Wir bitten um freundliche Beachtung!

ZIP

Herausgeber

Centrale für GmbH Dr. Otto Schmidt
in Verbindung mit
Prof. Dr. Walter Bayer
Vors. RiBFH a.D. Prof. Dr. Dietmar Gosch
WP/StB Prof. Dr. Norbert Neu
RegDir. Ralf Neumann
RA Prof. Dr. Jochem Reichert

**Gesellschafts-
und Steuerrecht
der GmbH
und GmbH & Co.****Inhalt**

107. Jahrgang
Heft 8/2016

Herausgeber-Beirat

Prof. Dr. Georg Crezelius
Prof. Dr. Detlef Kleindiek
Notar Dr. Thomas Wachter
RA/StB Dr. Götz Tobias Wiese

Aufsätze und Beiträge

**Prof. Dr. Heinz Kußmaul / Prof. Dr. Stephan Meyer-
ring / Dr. Christian Schwarz, M.Sc.**

Historische Entwicklung der GmbH-Besteuerung
und Belastungsvergleich der laufenden Steuerbe-
lastung von Kapital- und Personengesellschaften

385

Prof. Dr. iur. Roman Seer

Die Suche nach dem Rechtsgedanken des § 8c
KStG (Verlustabzug)

394

Dr. Carl Höfer

„Flex-GmbH“ – eine solvenzorientierte Schwester-
Rechtsform für die GmbH?

398

Sascha Stiegler, LL.M.

Zehn Jahre Internationale Verschmelzungsrichtlinie –
Erreichtes, Stand und Perspektiven

406

Rechtsprechung Gesellschaftsrecht

Insolvenz: Schenkungsanfechtung bei Zahlung an
verbundene Gesellschaft durch geduldete Konto-
überziehung (BGH v. 25.2.2016 – IX ZR 12/14)

414

Gesellschafterliste: Keine Durchsetzung des
Verbots der Einreichung im Wege vorläufigen Rechts-
schutzes (KG Berlin v. 24.8.2015 – 23 U 20/15)

416

Gesellschafterliste: Keine Erzwingung der Einrei-
chung im Wege vorläufigen Rechtsschutzes (KG
Berlin v. 10.12.2015 – 23 U 99/15)

416

Der GmbHR-Kommentar
von Dr. Hans-Jochen Otto

419

Gesellschafterbeschluss: Nichtigkeit wegen Einla-
dungsmangels und Kompetenzüberschreitung (OLG
Hamm v. 28.10.2015 – I-8 U 73/15)

423

Rechtsprechung Steuerrecht

Organschaft: Vorsteuerabzug einer geschäftslei-
tenden Holding und GmbH & Co. KG als juristische
Person (BFH v. 19.1.2016 – XI R 38/12)

426

Gesellschafter: Vorsteuerabzug bei beabsichtigter
Unternehmensgründung (BFH v. 11.11.2015 – V R 8/
15)

435

Mitunternehmer: Anwendung des § 16 Abs. 3 S. 5
EStG auch für die Gewerbesteuer (BFH v. 3.12.2015 –
IV R 4/13)

437

Mitunternehmer: Steuerneutrale Buchwertfortfüh-
rung trotz Auswechslung der Mitunternehmer vor
Realteilung der Mitunternehmerschaft (BFH v.
16.12.2015 – IV R 8/12)

440

Grunderwerbsteuer: Anwendbarkeit des § 1 Abs. 3
Nr. 2 GrEStG bei Ausscheiden von Kommanditisten
gegen Abfindung (BFH v. 20.1.2016 – II R 29/14)

442

Grunderwerbsteuer: Grunderwerbsteuerfreie
Verschmelzung der grundbesitzenden Tochtergesell-
schaft auf die Muttergesellschaft ungeachtet der
Nachbehaltensfrist des § 6a S. 4 GrEStG (FG Berlin-
Brandenburg v. 1.10.2015 – 15 K 3015/15)

443

Der GmbHR-Kommentar
von Dipl.-Kfm. Manuel Brühl

446

Blue Chip



Jetzt Probe lesen und bestellen bei
www.otto-schmidt.de/ea3

Inhalt

IM BLICKPUNKT**Dr. Hans-Martin Schmidt**

Mein Großvater, Dr. Otto Schmidt, Gründer der Centrale für GmbH und des Verlages Dr. Otto Schmidt, vor 150 Jahren geboren R 113

Die Fortführung der Ziele von Dr. Otto Schmidt d.Ä. im Jahre 2016 (Eva Müller, LL.M.) R 114

Unternehmensrecht

Verdeckte Sacheinlage: BGH erläutert Anrechnungslösung R 119

Gewinnunabhängige Ausschüttungen begründen Verbindlichkeiten der Gesellschafter R 119

Steuer- & Bilanzrecht

Vereinbarung eines Arbeitszeit- oder Zeitwertkontos als verdeckte Gewinnausschüttung R 119

Verdeckte Gewinnausschüttung bei Teilwertabschreibung auf Zinsforderungen nach Teilwertabschreibung der Darlehensforderung R 120

Arbeits- & Sozialrecht

Ausschlussfristen: Reicht der Eingang einer Klage bei Gericht? R 120

BEM-Verfahren und Mitbestimmung des Betriebsrats R 121

Europa-Praxis

EU-Entsenderichtlinie: Gleichbehandlung bei Entlohnung soll in allen Wirtschaftszweigen gelten R 121

Geoblocking: EU-Kommission veröffentlicht Konsultationsergebnisse R 122

EU-Kommission konsultiert zum Urheberrecht R 122

EU-Kommission konsultiert zum Insolvenzrahmen R 123

Wirtschafts-Praxis

Umfrage unter Fachkräften zu Arbeitszeitmodellen R 123

Rangliste der vertrauenswürdigen Berufe R 123

Fleischerzeugung im Jahr 2015 R 124

Zeitschriftenspiegel

R 125

Buchbesprechung

Hesselmann/Tillmann/Mueller-Thuns, Handbuch GmbH & Co. KG (Dr. Eckhard Wälzholz) R 125

Finanzierung R 127

Impressum

R 128

Dieser Ausgabe liegen folgende Prospekte bei: „Henssler/Moll/Bepler, Der Tarifvertrag“ sowie „Schaumburg/Peters, Internationales Steuerrecht“, „Schaumburg/Englisch, Europäisches Steuerrecht“, Verlag Dr. Otto Schmidt.
Wir bitten unsere Leser um freundliche Beachtung.

Wie Aktienrechtler heute arbeiten: AG online

Jeder Aktienrechtler hat natürlich **Die Aktiengesellschaft (AG)**, die führende Fachzeitschrift zum Thema, abonniert.

Alles, was Sie darüber hinaus für Ihren Arbeitsalltag brauchen, können Sie als Abonnent jetzt einfach dazubuchen. Mit dem Modul **AG online** für nur 24 Euro + MwSt. pro Monat.

Sie erhalten ein erstklassiges Recherchetool, das neben der Zeitschrift auch die gewichtigen Kommentare in digitaler Form enthält sowie die renommierten Handbücher zur AG, zu Aufsichtsrat und Vorstand und speziell zur Holding auf der vertrauten Plattform von juris.



Einfach ausprobieren: **4 Wochen kostenlos**

Mehr erfahren: www.otto-schmidt.de/ag-online

juris Das Rechtsportal

ottoschmidt



BEITRÄGE

Markus Heidinger: Kritisches zum Sanktionensystem der börserechtlichen Transparenzvorschriften – Teil 2	159
Christoph Kronthaler: Die Informationspflichten des Versicherers vor Vertragsabschluss nach dem VAG 2016 – Teil 1	164
Josefa Breitenlechner/Marija Radosavljevic: Die Entscheidungsbefugnis der EZB im Rahmen des europäischen Zulassungsverfahrens von Kreditinstituten	170

JUDIKATUR

VwGH

» BANKRECHT

VwGH erneut zur Trennung von Kunden- und Eigenhandel bei einer Bank	177
VwGH: Anzeigepflicht bei Aufgabe der qualifizierten Beteiligung an einer Bank (Zurückweisung der Revision)	181

OGH

» VERSICHERUNGSRECHT

Michael Gruber: Versicherungsrechtliche Entscheidungen des OGH.	183
--	-----

» BANKRECHT

19 Klauseln von Bankomatkarten-Bedingungen auf dem Prüfstand	187
--	-----

» KAPITALMARKTRECHT

OGH: Haftung der Emissionsbank für Verletzung kapitalmarktrechtlicher Pflichten	195
---	-----

BVwG**»BANKRECHT**

BVwG: Keine aW nach Ablehnung eines Antrags auf Entkonsolidierung 199

»WERTPAPIERRECHT

BVwG: Compliance-Verstöße bei einer Bank (persönliche Geschäfte, variables Vergütungssystem) 199

»INVESTMENTFONDSRECHT

BVwG zur subjektiven Tatseite und Strafbemessung bei Verstößen gegen das InvFG 204

»BÖRSERECHT

BVwG: Zurückziehung von Beschwerden und Verfahrenseinstellung 205

AKTUELLES**»UNIONSRECHT**

Rene Kreisl: Delegierte VO 2016/438 zur RL 2009/65/EG („UCITS V“) veröffentlicht 206

»FINANZMARKTRECHT

Nicolas Raschauer: Änderung des GSA-G 206

Impressum

208

28. Jahrgang
 Heft 2 / 15. April 2016

Aufsätze

<i>Christoph Thole, Tübingen</i>	Bankenabwicklung nach dem SAG	57
<i>Alexander Morell, Bonn</i>	Gefahr erkannt, Gefahr gebannt? Ist eine Abfindung beim regulären Delisting aus Effizienzsicht überhaupt geboten?	67
<i>Jan Christian Rutsch, Düsseldorf/ Stephan Schöning, Calw</i>	Vorstellung eines adäquaten Verfahrens zur Ermittlung und Verrechnung der Kosten des Liquiditätspuffers bei Kreditinstituten	89
<i>Thomas Eckhold, Düsseldorf</i>	Privatrechtliche Konsequenzen unerlaubter Investmentgeschäfte	102
<i>Matthias Terlau, Köln</i>	Die zweite Zahlungsdiensterichtlinie – zwischen technischer Innovation und Ausdehnung des Aufsichtsrechts	122

Rechtsprechung

Entscheidungen in Leitsätzen	137
------------------------------------	-----



Inhaltsverzeichnis

Beiträge

Univ.-Prof. Dr. Jens Koch, Bonn				
Bearbeitungsentgelte im Kreditgeschäft – ein Blick nach vorn				717
Rechtsanwälte Dr. Heiner Hugger, LL.M., und Dr. David Pasewaldt, LL.M., Frankfurt a. M.				
Sanktionsverfahren der Börsen und Einstellungsmöglichkeiten nach dem Opportunitätsprinzip				726

Rechtsprechung

Bankrecht und Kapitalmarktrecht

Bundesgerichtshof	21.10.2015	I ZR 51/12*	Zur Verpflichtung einer Bank zur Bekanntgabe des Kontoinhabers bei Markenfälschung	729
Bundesgerichtshof	17.3.2016	III ZR 47/15*	Zur Frage, ob ein Anleger zur Meidung des Vorwurfs grober Fahrlässigkeit gehalten ist, nach Kenntniserlangung eines bestimmten Beratungsmangels den Prospekt und die Beratungsdokumentation auf das Vorliegen weiterer Beratungsmängel durchzusehen und auszuwerten	732
Bundesgerichtshof	8.3.2016	VI ZR 516/14*	Zum Grundsatz der Staatenimmunität bei einer Umschuldung von Staatsanleihen aufgrund des Erlasses eines die Umschuldung ermöglichenden Gesetzes und der Allgemeinverbindlicherklärung einer entsprechenden Mehrheitsentscheidung der Gläubiger	734
OLG Celle	29.2.2016	3 U 196/15*	Kündigungsrecht einer Bausparkasse nach Eintritt der Zuteilungsreife	738
OLG Köln	27.1.2016	13 U 279/15*	Kündigungsrecht einer Bausparkasse nach Eintritt der Zuteilungsreife	740
OLG Stuttgart	30.3.2016	9 U 171/15*	Kein Kündigungsrecht einer Bausparkasse nach Eintritt der Zuteilungsreife	742

Insolvenzrecht und Zwangsvollstreckung

Bundesgerichtshof	14.1.2016	V ZB 148/14*	Anordnung und Fortsetzung der Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung auf Grund eines auf die im Grundbuch eingetragene Gesellschaft lautenden Titels bei formwechselnder, im Handelsregister eingetragener Umwandlung von einer Kapital- oder einer Personenhandelsgesellschaft in eine GbR ohne titelergänzende Klausel nach § 727 ZPO	748
Bundesgerichtshof	25.2.2016	V ZB 25/15	Zur Vollstreckbarkeit einer als Forderungsbescheid bezeichneten und mit einer Rechtsmittelbelehrung versehenen Aufstellung rückständiger Sozialversicherungsbeiträge, mit der der Adressat zur Zahlung des Saldos aufgefordert wird	751
Bundesgerichtshof	3.3.2016	IX ZB 65/14*	Unwirksamkeit der Anmeldung einer fremden Forderung im eigenen Namen eines Dritten; Beseitigung des Mangels nur durch eine Neuanschuldung	753

Bundesgerichtshof	17.3.2016	IX ZR 303/14	Zur Berechtigung des Beschuldigten, für die Aufbringung der Kautions ein Darlehen aufzunehmen und den künftigen Rückzahlungsanspruch gegen die Hinterlegungsstelle an den Darlehensgeber abzutreten, wenn der Außervollzugsbeschluss für einen Haftbefehl bestimmt, dass er eine Sicherheit als „Eigenshinterleger“ zu leisten habe	757
Bundesgerichtshof	14.3.2016	1 StR 337/15*	Kein Verjährungsbeginn eines vorsätzlichen Bankrotts einer natürlichen Person durch fortdauerndes Verheimlichen von Bestandteilen des Vermögens im Sinne von § 283 Abs. 1 Nr. 1 StGB vor Erteilung der Restschuldbefreiung	760

Bücherschau

Rüdiger Wilhelmi/Olaf Achteik/Dennis Kunschke/Christian Sigmundt (Hrsg.)	Handbuch EMIR Rezensent: Rechtsanwalt Dr. Rudolf Lemke, Frankfurt a. M.	763
Ingo Saenger/Christoph Ullrich/Oliver Siebert (Hrsg.)	Zwangsvollstreckung, 3. Aufl. Rezensent: Univ.-Prof. Dr. Wolf-Dietrich Walker, Gießen	764



14. Internationaler Retail-Bankentag der Börsen-Zeitung

Herausforderungen für Retailbanken | Filiale vs. Online | Erfolgsversprechende Strategien

29./30. Juni 2016 – Maritim Hotel Frankfurt am Main

Informationen: Tel. +49 69 2732 553; www.retailbankentag.de

Die mit **◆** gekennzeichneten Entscheidungen des BGH sind zum Abdruck in der amtlichen Sammlung vorgesehen.

Nicht amtliche Leitsätze zu Entscheidungen des BGH sind kursiv gesetzt. Leitsätze zu Entscheidungen der Instanzgerichte sind überwiegend durch den Einsender oder die Redaktion verfasst.

Die mit einem ***** gekennzeichneten Entscheidungen sind zur Veröffentlichung und Besprechung in der Entscheidungssammlung zum Wirtschafts- und Bankrecht (WuB) vorgesehen.

Nur soweit der Redaktion bis zur Drucklegung die Rechtskraft einer instanzgerichtlichen Entscheidung mitgeteilt worden ist, wird dies im Anschluss an das Aktenzeichen vermerkt. Ein fehlender Rechtskrafthinweis muss daher nicht bedeuten, dass die Entscheidung nicht rechtskräftig geworden ist.

Redaktion: Rechtsanwalt Dr. Christopher Kienle, Frankfurt am Main; Professor Dr. Tobias Letti, LL.M. (EUR), Universität Potsdam; Rechtsanwalt Dr. Helmut Merkel, Frankfurt am Main; Arne Wittig, Essen; Rechtsanwalt Dr. Andreas Lange, Frankfurt am Main (presserechtlich verantwortlicher Redakteur)

Redaktionsbeirat: Rechtsanwalt Thorsten Höche, Chefsyndikus des Bundesverbandes deutscher Banken e.V., Berlin (Vorsitzender); Professor Dr. Dr. h.c. mult. Klaus J. Hopt, Direktor am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht a.D., Hamburg; Dr. Hans-Ulrich Joeres, Richter am Bundesgerichtshof, Karlsruhe; Ilse Lohmann, Richterin am Bundesgerichtshof, Karlsruhe; Professor Dr. Peter O. Müllert, Direktor des Instituts für Internationales Recht des Spar-, Giro- und Kreditwesens an der Johannes Gutenberg-Universität, Mainz; Rechtsanwalt Reinhard Nützel, Chefsyndikus der DZ-Bank AG, Frankfurt a. M.

Verlag: Herausgebergemeinschaft WERTPAPIER-MITTEILUNGEN Keppler, Lehmann GmbH & Co. KG, Postfach 11 09 32, 60044 Frankfurt a. M., Düsseldorf Straße 16, 60329 Frankfurt a. M.; Geschäftsführung: Ernst Padberg (Vorsitzender), Torsten Ulrich, Dr. Jens Zinke

Telefon Redaktion: Dr. Andreas Lange (0 69) 27 32-164, E-Mail: a.lange@wmrecht.de; Lektorat: Dr. Monika Diakité (0 69) 27 32-172, E-Mail: m.diakite@wmrecht.de;

Sekretariat: Sylvia Mahler (0 69) 27 32-188, E-Mail: s.mahler@wmrecht.de

Anzeigen: Ralf Becker (0 69) 27 32-553, E-Mail: r.becker@wmrecht.de; Vertrieb/Nachbestellungen: (0 69) 27 32-142; Telefax (0 69) 23 26 85

Druck: mt druck Walter Thiele GmbH & Co. KG, Carl-Friedrich-Gauß-Straße 6, 63263 Neu-Isenburg, Telefon (0 61 02) 30 77 0.

Bei Einzelbezug des Teils IV der WERTPAPIER-MITTEILUNGEN beträgt der Abonnementpreis monatlich € 93,90 (einschl. 7 % MwSt. € 6,14) + € 7,45 Versandkostenzuschlag (einschl. € -,49 MwSt.). Auslandsbezug ohne Mehrwertsteuer + € 9,10 Versandkostenzuschlag. Für Mitglieder der ARGE Bank- und Kapitalmarktrecht gibt es für die Dauer des Fachanwaltslehrgangs einen Rabatt von 50 % auf den Abonnementpreis.

Im Preis inbegriffen sind die jährlichen zwei Einbanddecken.

Bei Nichtbelieferung infolge höherer Gewalt oder infolge von Arbeitskämpfen bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.

Abbestellungen nur zum Quartalsende bei dreiwöchiger Kündigungsfrist.

©2016 Herausgebergemeinschaft WERTPAPIER-MITTEILUNGEN, Frankfurt am Main – ISSN 0342-6971

Urheber- und Verlagsrechte: Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Urheberschutz besteht auch für die veröffentlichten Gerichtsentscheidungen und deren Leitsätze, soweit sie vom Einsender oder der Redaktion erarbeitet oder redigiert worden sind. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Manuskripte: Die Übersendung eines Manuskripts beinhaltet die Erklärung, dass der Verfasser den Beitrag oder einen Beitrag mit gleichem Gegenstand nicht zeitnah anderweitig anbietet. Für unverlangt eingereichte Manuskripte übernehmen Verlag und Redaktion keine Haftung. Mit der Annahme zur Veröffentlichung erwirbt der Verlag vom Verfasser alle Rechte, insbesondere das ausschließliche Verlagsrecht für die Zeit bis zum Ablauf des Urheberrechts und die Befugnis zur Einspeicherung in eine Datenbank sowie das Recht zur weiteren Vervielfältigung zu gewerblichen Zwecken im Wege eines photomechanischen oder eines anderen Verfahrens.

Hinweise für Autoren unter www.wertpapiermitteilungen.de

WERTPAPIER-MITTEILUNGEN Teil IV



inhalt

ABOSERVICE E-Mail: vvg@inode.at

Online-Ausgabe mit Archiv ab 1993: www.versicherungsrundschau.at

magazin Redaktion: dagmar.straif@vvo.at

Editorial	03
TITEL	
Das internationale Konjunkturmilieu, Außenhandel und KMU	04
Wirtschaftstrends und Konjunkturausblick für die österreichische Volkswirtschaft	
Einflüsse der Konjunktur auf den Transportversicherungsmarkt	11
Die österreichische Versicherungswirtschaft:	12
Die vorläufigen Zahlen 2015 und eine erste Prognose 2016	
Versicherungsvertriebsrichtlinie – die Herausforderung liegt in der Umsetzung	
Details zur Umsetzung der IDD in nationales Recht, die nun innerhalb von zwei Jahren erfolgen muss	14
International	16
„Finanzdienstleistungen für Privatkunden“	
Meldung	
Seminar zur Verordnung über die Kapitalanlagen der Kleinen Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit	17
So einfach ist es, in Österreich ein Fahrrad zu stehlen	18
Falsch gesicherte Fahrräder machen es Dieben in Österreich zu einfach	

gesundheitsvorsorge Redaktion: ulrike.braumueller@vvo.at

Wien schafft neue Strukturen im Gesundheitswesen	20
Die Neuordnung des Wiener Gesundheitswesens im Detail	

wissenschaft Redaktion: katharina.trampisch@gvfw.at

Palten: Von Spekulationsgeschäften, Rennstrecken, Goldbarren und Wespenstichen. Oder: (Zu) hohe Gefahren – eingeschlossen, ausgeschlossen?	23
Inhalt: Unveröffentlichte Judikatur des OGH	
Fill: Das „ewige“ Rücktrittsrecht in der Lebensversicherung und dessen Rechtsfolgen	38
Besprechung von OGH 7 Ob 107/15h	
Bei Solvency II müssen alle mitziehen	42
Auftaktveranstaltung der Seminarreihe „SII@work“	
Für Sie gelesen	44
Impressum	46



Aufsätze

PD Dr. Sebastian Mock, LL.M. (NYU), Attorney-at-Law
(New York)

Aktiengesellschaften mit Inhaberaktien nach neuem Recht – Gründung, Umstellung und Kapitalerhöhung

Die Ausgabe von Inhaberaktien unterliegt seit der Aktienrechtsnovelle 2016 umfangreichen Einschränkungen, um eine hinreichende Transparenz der Beteiligungsstrukturen auch bei Aktiengesellschaften mit dieser Aktienform sicherzustellen. Die Umsetzung dieser Beschränkungen für Inhaberaktien bei der Gründung der Aktiengesellschaft, bei einer Umstellung der Aktienart oder bei einer Kapitalerhöhung ist einigen Schwierigkeiten ausgesetzt, da die Neuregelung in § 10 Abs. 1 AktG und die Übergangsvorschrift des § 26h Abs. 1 EGAktG nicht auf alle in diesen Zusammenhängen relevanten Aspekte eingehen. Der Beitrag beleuchtet diese Fragen und zeigt Lösungsansätze für den Umgang mit Inhaberaktien im neuen Recht auf.

261

RA Dr. Philipp Maximilian Holle

Die Binnenhaftung des Vorstands bei unklarer Rechtslage

Vorstände von Aktiengesellschaften müssen mehr denn je fürchten, von der Gesellschaft für unternehmensbezogene Gesetzesverletzungen im Wege des Binnenregresses in Anspruch genommen zu werden. Zusätzliche Brisanz gewinnt die Thematik durch ein stetig komplexer werdendes Regelungsumfeld sowie steigende Bußgelder. Angesichts dieser Entwicklung ist es nicht verwunderlich, dass die dogmatischen Grundlagen der Binnenhaftung für Gesetzesverstöße von allen Seiten beleuchtet und hinterfragt werden. Eine Schlüsselfunktion nimmt insoweit die sog. Legalitätspflicht ein, die jedenfalls dann zunehmend relativiert wird, wenn die Rechtslage im Zeitpunkt der Entscheidungsfindung unklar gewesen ist. Der Beitrag stellt sich Ansätzen, die strikte Legalitätsbindung des Vorstands aufzuweichen, entgegen. Er zeigt auf, dass sich (nur) eine strenge Geltung der Legalitätspflicht dogmatisch stimmig in das aktienrechtliche Ordnungsgefüge einpassen lässt und einer unsicheren Rechtslage sachgerecht auf Ebene des Verschuldens Rechnung getragen werden kann.

270

RA Dr. Klaus von der Linden

Beschlussvorschläge an die Hauptversammlung bei Einberufung aufgrund eines Mehrheits- verlangens

Mit der Einberufung einer Hauptversammlung sind Beschlussvorschläge des Vorstands und des Aufsichtsrats bekanntzumachen. Entfallen dürfen sie, wenn der Beschlussgegenstand auf das „Verlangen einer Minderheit“ zurückgeht. So bestimmt es § 124 Abs. 3 Satz 3 Alt. 2 AktG. Was aber gilt, wenn das besagte Verlangen von einem Mehrheitsaktionär oder von einer Aktionärsmehrheit stammt? Der Beitrag stellt jüngere Rechtsprechung zu dieser Frage vor und weist nach, dass Beschlussvorschläge auch bei einem Mehrheitsverlangen entbehrlich sind.

280

Rechtsprechung

Begriff der Wertpapierdienstleistung

EuGH v. 3.12.2015 – Rs. C-312/14

284

Gewinn aus der Veräußerung von Aktien

BFH v. 13.10.2015 – IX R 43/14

288

Keine Kapitalmarktinformationshaftung im Fall VW/Porsche

OLG Braunschweig v. 12.1.2016 – 7 U 59/14

290

Abschlussbericht des Sonderprüfers, Vorlage, Schwärzungsverfahren

OLG Düsseldorf v. 26.11.2015 – I-3 Wx 134/14

295

Festsetzung eines Ordnungsgeldes bei Verstößen gegen die Offenlegungspflichten des HGB

OLG Köln v. 6.10.2015 – 28 Wx 11/15

298

Buchbesprechungen

Philipp Otto Neideck

Die Mitwirkung der Hauptversammlung bei der Ausübung der Personalkompetenz durch den Aufsichtsrat

(Univ.-Prof. Dr. Patrick Velte)

299

Impressum

R 128

Rechts-Report

Aktienrecht in Zahlen

Hauptversammlungsabsagen: Verbreitung und Beweggründe R 115

Anlegerschutz

Das Kriterium der Konnexität bei Swap-Geschäften R 118

Kapitalmarkt-Report

Börse

Deutsche Börse und Börse London einigen sich auf Zusammenschluss R 120

Irische und Deutsche Börse verlängern Technologiepartnerschaft R 120

SIX führt neue Handelsplattform für Repo-Transaktionen ein R 120

Spanische Börse erwirbt Infobolsa vollständig R 120

ECC übernimmt Clearing für Stromspotmärkte in England, Belgien und Holland R 121

Branchen- und Unternehmens-Report

Branchen-Nachrichten

IKT-Branche Spitzenreiter bei der Digitalisierung in Deutschland R 121

Vernetzte Autos: Neue Herausforderungen für Automobilhersteller R 122

Reisejahr 2016 startet verhalten R 123

Jahresabschlüsse

Bayer AG R 123

Ludwig Beck AG R 124

Bibliothek

Neuerscheinungen R 126

Zeitschriftenspiegel R 126

Bellagenhinweis:

Dieser Ausgabe liegen Prospekte der Sack Mediengruppe sowie der Verlage C.H. Beck, München, und Dr. Otto Schmidt KG, Köln, bei. Wir bitten unsere Leser um freundliche Beachtung.

Wie Aktienrechtler heute arbeiten: AG online

Jeder Aktienrechtler hat natürlich **Die Aktiengesellschaft (AG)**, die führende Fachzeitschrift zum Thema, abonniert.

Alles, was Sie darüber hinaus für Ihren Arbeitsalltag brauchen, können Sie als Abonnent jetzt einfach dazubuchen. Mit dem Modul **AG online** für nur 24 Euro + MwSt. pro Monat.

Sie erhalten ein erstklassiges Recherchetool, das neben der Zeitschrift auch die gewichtigen Kommentare in digitaler Form enthält sowie die renommierten Handbücher zur AG, zu Aufsichtsrat und Vorstand und speziell zur Holding auf der vertrauten Plattform von juris.

Einfach ausprobieren: **4 Wochen kostenlos**

Mehr erfahren: www.otto-schmidt.de/ag-online



Schriftleitung: Prof. Dr. Jürgen Becker (*V.i.S.d.P.*)

Redaktion: Christoph Seibold (*leitender Redakteur*), Nicole Bentin (*Redakteurin Rechtsprechung*), Stephanie Niederalft (*Redakteurin Rezensionen*)

Redaktionsassistent: Dr. Pascal Oberndörfer, Sebastian Pech, Dr. Martin Schippan

Anschrift der Redaktion:

Institut für Urheber- und Medienrecht, Salvatorplatz 1, 80333 München,
Telefon (089) 29195470, Telefax (089) 29195480,
E-Mail: redaktion@urheberrecht.org, URL: http://www.urheberrecht.org

Herausgeber: Prof. Dr. Albrecht Hesse, Prof. Roland Bornemann, Dr. Tilo Gerlach, Dr. Harald Heker, Prof. Dr. Johannes Kreile, Dr. Urban Pappi, Prof. Dr. Manfred Rehbinder, Dr. Robert Staats

Wiss. Beirat: Prof. Dr. Dieter Dörr, Guido Evers, Prof. Dr. Norbert P. Flechsig, Prof. Dr. Günter Herrmann, Dr. Tobias Holzmüller, Dr. Matthias Kirschenhofer, Michael Krause, Prof. Dr. Reinhold Kreile, Prof. Dr. Ferdinand Melichar, Prof. Dr. Wilhelm Nordemann, Prof. Dr. Gerhard Pfennig, Prof. Dr. Wolf-Dieter Ring, Dr. Martin Schaefer, Dr. Tobias Schmid, Dr. Gernot Schulze, Prof. Dr. Mathias Schwarz, Prof. Dr. Robert Schweizer, Peter-Christoph Weber

Redaktionsvertretungen:

Italien: Prof. Dr. Salvatore Patti, Via Tacito 41, I-00193 Roma

Japan: Prof. Dr. Hiroshi Saito, Copyright Research and Information Center Tokyo Opera City Tower, 3-20-2 Nishi Shinjuku, Shinjuku-ku, Tokyo, 163-1411 Japan

Österreich: Prof. Dr. Walter Dillenz, Landstraßer Hauptstraße 67, A-1030 Wien

Schweiz: Dr. Adriano Viganò, Genferstraße 2, CH-8002 Zürich



ZUM

Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht

60. Jahrgang · Heft 4/2016

ISSN 0177-6762

Aufsätze

- Dr. iur. Angela Hildebrand, M. A., Frankfurt am Main
Abbildungen von Personen bei künstlerischer Street Photography 305–314
- Professor Dr. Oliver Castendyk, Berlin
Das Fell des Bären wird verteilt, wenn er erlegt ist ...
Neue Entwicklungen bei weiteren Beteiligungen gemäß § 32 a UrhG im Filmbereich 314–322
- Professor Dr. Thomas Hoeren, Münster
Persönlichkeitsrechtliche Fragen der Behandlung von Programmbeschwerden in Rundfunkräten 323–326
- Dr. Wolfgang Frhr. Raitz von Frenzt und Dr. Christian L. Masch, München
Umfang der Aufsicht der Landesmedienanstalten (inkl. KEK und ZAK) über die an die Plattformanbieter zu zahlenden
Einspeisegebühren und die Zahlungen der Plattformanbieter an die Sendeunternehmen, insbesondere der von den
Kabelnetzbetreibern gezahlten HD-Erlöse 326–334
- Dr. Christof Krüger, München
Der Störerbegriff
Eine Divergenz für den großen Senat? 335–338
- Professorin Dr. Michaela Windisch-Graetz, Wien
Zur Frage der Unionsrechtskonformität der Widmung eines Teiles der Speichermedienvergütung für
soziale und kulturelle Einrichtungen von Verwertungsgesellschaften 338–348
- Antje G. I. Tölle, Berlin
Das Schicksal intimer Bild- und Filmaufnahmen nach einem Beziehungsende
Zugleich Anmerkung zu BGH, Urteil vom 13. Oktober 2015 – VI ZR 271/14 363–365
- Stefanie Fuchs und Dr. Thomas J. Farkas, LL.M. (Queen Mary University of London), München
Wird der BGH dem EuGH erneut das (Best)Water reichen müssen?
Zugleich Anmerkung zu BGH, Urteil vom 9. Juli 2015 – I ZR 46/12 – Die Realität II 370–373
- Christian Weber und Jörg Dombrowski, Frankfurt am Main
Sekundäre Darlegungslast und Anscheinsbeweis beim Filesharing
Zugleich Anmerkung zu BGH, Urteil vom 11. Juni 2015 – I ZR 75/14 – Tauschbörse III 380–383

Rechtsprechung

- Anspruch gegenüber Internet-Access-Provider auf Sperrung bestimmter Internetseiten
Urteil des Bundesgerichtshofs
vom 26. November 2015 – I ZR 174/14 – Störerhaftung des Access-Providers – OLG Köln 349–359
- Widerruf der Einwilligung in die Anfertigung intimer Lichtbilder nach Beendigung einer Beziehung
Urteil des Bundesgerichtshofs
vom 13. Oktober 2015 – VI ZR 271/14 – OLG Koblenz 359–363
- Einbetten eines im Internet frei zugänglichen Werkes in eigene Internetseite
Urteil des Bundesgerichtshofs
vom 9. Juli 2015 – I ZR 46/12 – Die Realität II – OLG München 365–370

Anforderungen an die sekundäre Darlegungslast eines Internetanschlusshabers Urteil des Bundesgerichtshofs vom 11. Juni 2015 – I ZR 75/14 – Tauschbörse III – OLG Köln	373–380
Präsentation eines Personenbildnisses als großformatiger Blickfang an öffentlicher Straße Beschluss des Kammergerichts vom 11. Juni 2015 – 10 U 119/14	383–384
Sekundäre Darlegungslast des Inhabers eines Internetanschlusses in Filesharing-Fällen Urteil des Oberlandesgerichts München von 14. Januar 2016 – 29 U 2593/15 – Loud – nicht rechtskräftig	384–388
Vermutungswirkung zulasten des Inhabers eines Internetanschlusses in Filesharing-Fällen Urteil des Landgerichts Berlin vom 3. November 2015 – 15 S 5/15	388–388
Vermutungswirkung zulasten des Inhabers eines Internetanschlusses in Filesharing-Fällen Beschluss des Landgerichts Berlin vom 28. Juli 2015 – 15 S 5/15	389–389
Kein Auskunftsanspruch der Presse über Ausarbeitungen des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages in Bezug auf NPD-Verbotsverfahren Beschluss des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg vom 30. April 2015 – OVG 6 S 67.14	389–391

Buchbesprechung

Thomas Gergen: Mediation und Translation im Recht des Geistigen Eigentums Prof. Dr. Albrecht Götz v. Olenhusen, Freiburg i. Br./Düsseldorf	392–392
---	---------

Schriftleitung

Prof. Dr. Jürgen Becker (V.i.S.d.P.)
Institut für Urheber- und Medienrecht, Salvatorplatz 1, 80333 München
Telefon: (089) 291954-70, Telefax: (089) 291954-80,
E-Mail: redaktion@urheberrecht.org
www.urheberrecht.org

Erscheinungsweise

11 Ausgaben im Jahr mit einer Doppelnummer

Bezugspreise 2016

Jahresabonnement 358,-- EUR; Einzelheft 40,-- EUR; Jahresabonnement für ZUM und ZUM-RD im Kombinationsangebot jährlich 498,-- EUR. Alle Preise verstehen sich inkl. MWSt, zzgl. Vertriebskosten. Beihefte, die zu diesem Titel erscheinen, werden den Abonnenten mit einem Vorzugspreis automatisch zugesandt und können bei Nichtgefallen zurückgegeben werden.

Bestellmöglichkeit

Bestellungen beim örtlichen Buchhandel oder direkt bei der Nomos Verlagsgesellschaft Baden-Baden

Kündigungsfrist

Jeweils drei Monate vor Kalenderjahresende

Bankverbindung generell

Zahlungen jeweils im Voraus an Nomos Verlagsgesellschaft, Postbank Karlsruhe:
BLZ: 660 100 75 Konto Nr.: 73636751 IBAN: DE07.6601.0075.0073.6367.51
BIC: PBNKDEFF oder Stadtparkasse Baden-Baden: BLZ: 662 500 30 Konto
Nr.: 5002266 IBAN: DE05.6625.0030.0005.0022.66 BIC: SOLA DE S1 BAD

Druck und Verlag

Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, Waldseestraße 3–5, 76530 Baden-Baden, Telefon: (0 72 21) 21 04-0, Telefax: (0 72 21) 21 04 27
E-Mail: nomos@nomos.de

Anzeigen

Sales friendly Verlagsgesellschaft, Siegburger Straße 123, 53229 Bonn, Telefon: (0228) 97898-0, Telefax: (0228) 97898-20, E-Mail: roos@sales-friendly.de

Urheber- und Verlagsrechte

Die Zeitschrift sowie alle in ihr enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Der Nomos Verlag beachtet die Regeln des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels e.V. zur Verwendung von Buchrezensionen.

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden. Printed in Germany

ISSN 0177-6762



Mitteilungen der deutschen Patentanwälte

Herausgegeben vom Vorstand der Patentanwaltskammer

107. Jahrgang
München, Heft 4
April 2016
Seiten 149 – 196
Zitierweise: Mitt. (Jahr), (S.)



Im Internet:
www.gewerblicher-rechtsschutz.de
Die recherchierbare
Online-Ausgabe

Inhalt

Beiträge

Wirtz	Das neue Markenrecht – Änderungen der GMV und MarkenRL	149
Kiani / Springorum	Aktuelles aus dem Bereich der „Patent Litigation“ Die Prozessvertretung vor dem Einheitlichen Patentgericht	155
Morishima / Yodoya / Tanaka / Seki	Supreme Court of Japan Decision on Patent Term Extension Application	162
Wurzer / Berres / Krämer	Organisatorische Umsetzung einer Patentstrategie – ein Fallbeispiel	163

Entscheidungen

	Patent	
BGH	Urt. vom 15.12.2015, X ZR 111/13 – Telekommunikationsverbindung verspätete Hilfsanträge in Nichtigkeitsberufung Leitsatz	171
	Marke	
BGH	Urt. vom 21.10.2015, I ZR 173/14 – Ecosoil Markenlizenz in der Insolvenz <i>mit Anmerkung Tochtermann</i>	173 178
BPatG	Beschl. vom 12.1.2016, 29 W (pat) 573/12 Az. der Parallelentsch. 29 W (pat) 574/12, 29 W (pat) 575/12 – Netto Marken-Discount Formulierung des Dienstleistungsverzeichnisses für Zusammenstellung von Dienstleistungen für Dritte Leitsätze	182
	Urheberrecht – Leitsätze	186
	Wettbewerbsrecht – Leitsätze	188
	Berufsrecht	
OLG Wien	Beschl. vom 11.2.2015, 34R72/15 f – dienstleistender Patentanwalt in Österreich Eintragung deutscher dienstleistender Patentanwälte in Österreich <i>mit Anmerkung Stadler</i> Leitsätze	190 191

Inhalt

	Kostenrecht	
BPatG	Beschl. vom 14.1.2016, 30 W (pat) 510/15 – babygro Lastschrift ohne Vordruck Leitsätze	192

Rezensionen

Schrader	Hacker, Die fehlende Legitimation der Patentierungsausschlüsse, Tübingen, 2015	196
Beyerlein	Ahrens, Der Beweis im Zivilprozess, Köln, 2015	196

Beilagenhinweis:

Mit dieser Ausgabe verteilen wir je eine Beilage
der IP for IP GmbH und der Verlag C.H. Beck oHG.
Wir bitten um freundliche Beachtung.

Impressum

Schriftleitung

Verantwortlicher Schriftleiter: Patentanwalt Dipl.-Phys. Dr. rer. nat. Malte Köllner, Vogelweidstraße 8, 60596 Frankfurt, Tel.: 069/69 59 60-0, Telefax: 069/69 59 60-22, E-Mail: info-ffm@dennemeyer-law.com. Weitere Mitglieder der Schriftleitung: Patentanwälte Dipl.-Phys. Dr. rer. nat. Stefan Schohe, München, Dipl.-Biol. Dr. phil. nat. Anastassios Pischitzis, Frankfurt. Einsendungen, die sich auf den Inhalt der Zeitschrift beziehen, sind an die obige Anschrift des verantwortlichen Schriftleiters zu richten. Aufsätze und Bemerkungen geben die Meinung des Verfassers, nicht die der Schriftleitung oder des Verlages wieder.

Beiträge werden nur zur zeitlich unbeschränkten Alleinveröffentlichung angenommen. Die Annahme zur Veröffentlichung muss schriftlich erfolgen. Mit der Annahme erwirbt der Verlag vom Verfasser alle Nutzungsrechte, auch zur digitalen Nutzung (z.B. auf CD und im Internet) und zur weiteren Vervielfältigung zu gewerblichen Zwecken im Wege fotomechanischer oder anderer Verfahren. Für Manuskripte, die unaufgefordert eingesandt werden, wird keine Haftung übernommen.

Verlag

Carl Heymanns Verlag – Eine Marke von Wolters Kluwer Deutschland GmbH, Freisinger Straße 3, 85716 Unterschleißheim, Telefon 089/3 60 07-0, Telefax 089/3 60 07-33 10

Carl Heymanns Verlag – Eine Marke von Wolters Kluwer Deutschland GmbH, Köln, Luxemburger Straße 449, Postadresse: 50926 Köln, Telefon 02 21/9 43 73-70 00, Telefax 02 21/9 43 73-72 01, www.carl-heymanns.de

Kundenservice: Telefon 02631/8 01-22 22, e-mail: info@wolterskluwer.de

© 2016 Wolters Kluwer Deutschland GmbH/Carl Heymanns Verlag

Die Zeitschrift einschließlich aller ihrer Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jeder Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne die Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen, auch von Teilen der Zeitschrift zum innerbetrieblichen Gebrauch.

Bezugsbedingungen

Die Zeitschrift erscheint grundsätzlich monatlich. Jahresabonnement inkl. ein Online-Zugang Gesamtpreis 254,00 € zzgl. Versandkosten (14,40 € Inland/28,80 € Ausland). Das Jahresabonnement enthält 17,96 € USt (Print 7 % auf 224,04 € = 15,68 €; Online 19 % auf 12,00 € = 2,28 €). Bei Mehrfachlizenzen zzgl. 1,00 € je Nutzer/Monat zzgl. 19% USt. Vorzugspreis für Bewerber/Studenten 50 % (zzgl. Versandkosten). Aufkündigung des Bezugs bis 30.09. zum Jahresende. Einzelheft 25,00 € inkl. 7 % MwSt. zzgl. Versandkosten.

Anzeigen

Anzeigenverkauf: Karsten Kühn, Telefon 02 21/9 43 73-77 97, Fax -1 77 97, E-Mail: kkuehn@wolterskluwer.de

Anzeigendisposition: Karin Odening, Telefon 02 21/9 43 73-74 27, Fax -1 74 27, E-Mail: kodening@wolterskluwer.de

Die Anzeigen werden nach der Preisliste Nr. 35 vom 1. 1. 2016 berechnet.

Satz: rdz GmbH, Sankt Augustin

Druck: Williams Lea Et Tag GmbH, München

ISSN 0026-6884

Wirtschaftsrecht

Die Woche im Blick

897

Entscheidungen

- BGH:** Anfechtung von Gesellschafterbeschlüssen bei der Media-Saturn Holding GmbH (12.4.2016 – II ZR 275/14)
BGH: Pflichten des Betreibers eines Ärztebewertungsportals (1.3.2016 – VI ZR 34/15)
BGH: Ausschließliches Verbreitungsrecht des Urhebers – Marcel-Breuer-Möbel II (5.11.2015 – I ZR 91/11)
BGH: Beweisgrundsätze bei streitigen Zahlungsaufträgen im Onlinebanking (26.1.2016 – XI ZR 91/14)
BGH: Formular Klauseln über Abzugsbeträge bei Förderdarlehen (KfW-Darlehen) (16.2.2016 – XI ZR 454/14)
BGH: Preisänderungsrecht des Gasgrundversorgers gegenüber Nicht-Haushaltskunden (24.2.2016 – VIII ZR 216/12)

Verwaltung

BKartA: Billigung des Vermarktungsmodells für die Vergabe der Bundesligarechte

Gesetzgebung

BaFin: Marktteilnehmer zu Fragen und Lösungsvorschlägen bzgl. Finanzmarktregulierung aufgerufen

Aufsätze

Dr. Raimond Emde, RA, und Dr. Daniel Valdini, RA

Online-Hotelportale als Handelsvertreter

899

Das Vorgehen des Bundeskartellamtes gegen HRS und Booking.com hat Licht auf die vertriebsrechtliche Bedeutung der Hotelportale geworfen. Der Beitrag beschäftigt sich mit der Frage, ob solche Hotelportale als Handelsvertreter im Sinne der §§ 84ff. HGB einzuordnen sind und bejaht dies.

Sascha Stiegler, LL.M., und Diandra Wawryka, LL.M.

Umbruch der Gewährleistungsrechte beim Fernabsatzverkehr? Der Richtlinienvorschlag über vertragliche Aspekte des Online-Warenhandels

903

Im Dezember 2015 veröffentlichte die Kommission zwei Richtlinienentwürfe im Zusammenhang mit der Schaffung eines digitalen Binnenmarktes. Von Interesse ist vor allem der Vorschlag über vertragsrechtliche Aspekte des Online-Warenhandels und anderer Formen des Fernabsatzes von Waren. Der Beitrag setzt sich kritisch mit dem Richtlinienvorschlag auseinander und geht auf dessen Auswirkungen auf das deutsche Kaufrecht ein. Der Vorschlag enthält u. a. eine Verlängerung der Beweislastumkehr zugunsten des Verbrauchers auf zwei Jahre, eine Gewährleistung trotz Mangelkenntnis, sowie eine Rücktrittsmöglichkeit auch bei geringfügigen Mängeln.

Entscheidungen

- EuGH:** Ausgleichszahlung des Handelsvertreters für die Werbung neuer Kunden (7.4.2016 – C-315/14 – dazu BB-Kommentar von **Dr. Thilo von Bodungen, LL.M. [NYU], RA**) 910
BGH: Verbraucherdarlehensvertrag – Gestaltung von Widerrufsinformationen (23.2.2016 – XI ZR 101/15) 913
BGH: Steuerberaterhaftung – Schadensberechnung bei Einbeziehung mehrerer Gesellschaften in den Schutzbereich des Mandatsverhältnisses (18.2.2016 – IX ZR 191/13) 916

Steuerrecht

Die Woche im Blick

917

Entscheidungen

- BFH:** Zur Besserstellung von Körperschaften mit staatlicher Beteiligung (28.10.2015 – I R 65/13)
Hessisches FG: Zur Bewertung von Anteilen an einem offenen Immobilienfonds im Rahmen der Erbschaftsteuerfestsetzung (17.2.2016 – 1 K 1161/15)
VG des Saarlandes: Versagt Verwaltungsrechtsweg für Auskunftsverlangen im Zusammenhang mit Steuer-CDs (5.4.2016 – 3 K 106/16 u. a.)

Gesetzgebung

Kommission: Europa macht Vorschlag zur Modernisierung des Mehrwertsteuer-Systems

BMF: Zehn Schritte – Aktionsplan gegen Steuerbetrug vorgelegt

Verwaltung

BMF: Aufhebung der Mitwirkungspflichten bei Sanierungsgewinnen (5.4.2016 – IV C 6 – S 2140/07/10001)

Aufsatz

Prof. Dr. Inga Hardeck und Dipl.-Kfm. Martin Clemens, StB

918

Steuern im Lichte der Corporate Social Responsibility-Debatte – praktischer Nutzen und Handlungsimplicationen

Unternehmensscheiden sollten sich im Zuge einer anhaltenden Gerechtigkeitsdebatte in der Öffentlichkeit auf eine veränderte Wahrnehmung von Steuern einrichten. Mehr und mehr wird von Unternehmen ein steuerliches Verhalten erwartet, das über die rechtliche Vereinbarkeit hinaus auch im Einklang mit ethisch-moralischen Werten ist. Der Beitrag beleuchtet diesen Trend zur Übernahme gesellschaftlicher Unternehmensverantwortung (Corporate Social Responsibility – CSR) auch hinsichtlich der Steuerzahlungen von Unternehmen.

Entscheidungen

- BFH:** Vorsteuerabzug – GmbH & Co. KG als juristische Person (19.1.2016 – XI R 38/12 – dazu BB-Kommentar von **Pia Schlösser, RAin/FAInStR/StBin**) 928
Niedersächsisches FG: Anforderungen an den Nachweis des verspäteten Zugangs eines Steuerbescheides (25.11.2015 – 9 K 215/14 – dazu BB-Kommentar von **Julia Heinmüller, RAin/StBin**) 933

Neuerscheinung Buch

Moritz/Jesch, KAGB – Kapitalanlagegesetzbuch

Frankfurter Kommentar zum Kapitalanlagegesetz, Bd. 1
 Praxisnaher Großkommentar zum Kapitalanlagegesetzbuch
 ca. 4.800 Seiten in 2 Teilbänden, ca. € 469,-, 2. Quartal 2016
 ISBN: 978-3-8005-1570-7 / Infos unter: www.shop.ruw.de

Neuerscheinung Buch

Berrar/Meyer/Müller/Schnorbus/Singhof/Wolf (Hrsg.)

WpPG und EU-ProspektVO

Umfassende Kommentierung von ausgewiesenen Praktikern
 2. Aufl., ca. 1.500 Seiten, ca. € 238,-, ca. Juli 2016
 ISBN: 978-3-8005-1596-7 / Infos unter: www.shop.ruw.de



Bilanzrecht und Betriebswirtschaft

Die Woche im Blick

937

Rechnungslegung

IASB: Klarstellungen zu IFRS 15

EU-Kommission: Vorschlag neuer Berichterstattungspflichten zur Erhöhung der Transparenz bei Steuerzahlungen multinationaler Unternehmen

EFRAG: Übernahmeempfehlung für Anpassungen an IAS 12 und IAS 7

DRSC: Reaktion auf die Konsultation der EU-Kommission über unverbindliche Leitlinien betreffend nichtfinanzielle Informationen

DRSC: 28. Sitzung HGB-FA und 25. Öffentliche Sitzung des DRSC

Wirtschaftsprüfung

WPK: Entwürfe zur Neufassung der Berufssatzung für WP/vBP und der Satzung für Qualitätskontrolle

Aufsatz

Dr. Holger Seidler, WP/StB/RA

939

Fehlende, unvollständige oder falsche Angaben eines Unternehmens zur Frauenquote: Pflichten des Abschlussprüfers?

Gegenwärtig ist in der Praxis in Diskussion, welche Pflichten für einen Abschlussprüfer im Rahmen seiner Berichterstattung bestehen, wenn die Angaben des zu prüfenden Unternehmens zur Frauenquote nicht, unvollständig oder falsch gemacht werden – insbesondere, ob ein eingeschränkter Bestätigungsvermerk zu erteilen ist. Der Beitrag setzt sich mit dieser Fragestellung am Beispiel des Jahresabschlusses einer dem Mitbestimmungsgesetz unterworfenen börsennotierten Aktiengesellschaft auseinander und will damit einen Diskussionsbeitrag leisten.

Entscheidungen

BFH: Absetzung für Substanzverringerung setzt Anschaffungskosten voraus

942

(4.2.2016 – IV R 46/12 – dazu BB-Kommentar von

Prof. Dr. Joachim Schulze-Osterloh)

OLG Frankfurt a.M.: Nichtberücksichtigung eines Ereignisses bei Ertragsplanung

946

(29.1.2016 – 21 W 70/15 – dazu BB-Kommentar von

Prof. Dr. Volker H. Peemöller)

Neuerscheinung Buch

Wüstemann/Koch, Wirtschaftsprüfung case by case

Lösungen nach HGB mit Hinweisen auf ISA und US-GAAS

4. Auflage 2016, 260 Seiten, € 38,90

ISBN: 978-3-8005-5041-8 / Infos unter: www.shop.ruw.de

Save the date

RdF-Workshop

Luxemburger RAIF – Neue Möglichkeiten für Fondsinvestments

am 6. Juni 2016

in Frankfurt am Main

Recht der
Finanzinstrumente

Betriebs-Berater Kapitalmarkt

Workshop

<http://veranstaltungen.ruw.de/veranstaltungen/finanzmarkt>

Arbeitsrecht

Die Woche im Blick

947

BAG: Umdeutung unwirksamer Betriebsvereinbarung in Gesamtzusage (23.2.2016 – 3 AZR 960/13)

BAG: Verfall von tariflichem Mehrurlaub trotz krankheitsbedingter Arbeitsunfähigkeit des Arbeitnehmers (19.1.2016 – 9 AZR 507/14)

BAG: Leiharbeiter zählen bei Schwellenwert mit (4.11.2015 – 7 ABR 42/13)

BAG: Verlängerung einer Befristung nach dem WissZeitVG (9.12.2015 – 7 AZR 117/14)

BAG: Mitbestimmung des Betriebsrats im Arbeitsschutz (8.12.2015 – 1 ABR 83/13)

BAG: Verzicht des Kündigungsrechts durch den Arbeitgeber (19.11.2015 – 2 AZR 217/15)

Aufsätze

Dr. Andreas Baumgarten

949

Die arbeitsgerichtliche Figur des verständig befristenden Arbeitgebers – Teil 2

Thüsing hat im Rahmen seines Statements auf „Der Ersten Seite“ zu einem „Befristungsrecht in neuer Balance“ gegen eine überhastete Streichung der sachgrundlosen Befristung durch den Gesetzgeber plädiert. Als kompensatorischen Ausgleich konnte er sich eine Erschwernis der Sachgrundbefristung dahingehend vorstellen, dass ein Vertretungsbedarf, der nicht vorübergehend ist, zukünftig keinen Befristungsgrund mehr darstellt (Thüsing, in: BB 15/2014). Angesichts einer nur grob konturierten Rechtsprechung soll dagegen der Beitrag aus Sicht des Rechtsanwenders in concreto klären, welcher „Vertretungsbedarf“ nach Maßstab der Gerichte von heute einen tauglichen Befristungsgrund darstellt, weil er einen institutionellen Rechtsmissbrauch meidet. Der erste Teil des Beitrags ist bereits in BB 15/2016 erschienen.

Prof. Dr. Frank Bayreuther

957

Arbeitszeitkonten bei Überlassung von Zeitarbeitnehmern in Branchen mit AEntG-Mindestlöhnen

Nach § 8 Abs. 3 AEntG hat ein Verleiher einem Arbeitnehmer, der im Entleihbetrieb mit Tätigkeiten beschäftigt wird, die in den Geltungsbereich eines nach dem AEntG erstreckten Mindestlohtarifvertrags fallen, zumindest die in diesem Tarifvertrag vorgeschriebenen Arbeitsbedingungen zu gewähren. In diesem Kontext ist zuletzt immer wieder die Frage latent geworden, ob der Verleiher dessen ungeachtet sein eigenes Arbeitszeitkontenmodell auch für Zeiten fortführen darf, in denen der Leiharbeiter in einer Entsendebranche eingesetzt ist.

Entscheidung

ArbG Düsseldorf: Arbeitszeitkonto bei Arbeitnehmerüberlassung (30.11.2015 – 4 Ca 4402/15)

959

Die Erste Seite

Stefan Skulesch, RA/StB

Rechtsunsicherheit durch „Treaty Override“ – Doppelbesteuerungsabkommen werden durch Bundesverfassungsgericht ausgehebelt

Impressum/Vorschau

VIII

StuB

HOFFMANNS STREIFLICHTER

285 Bilanzierung des qualifizierten Rangrücktritts

WP/StB Prof. Dr. Wolf-Dieter Hoffmann

STEUER- UND BILANZPRAXIS

287 Übertragung eines Wirtschaftsguts gegen Gutschrift auf Kapitalkonto II

Anmerkungen zu den BFH-Urteilen vom 29. 7. 2015 und 4. 2. 2016

Vorsitzender Richter am FG Bernd Rätke

292 Steuerneutrale Realteilung auch bei Ausscheiden eines Mitunternehmers aus einer Mitunternehmerschaft?

Anmerkungen zum BFH-Urteil vom 17. 9. 2015 - III R 49/13

StB Prof. Dr. Tina Hubert

297 Neuerungen durch das Abschlussprüfungsreformgesetz (AReG)

Zentrale Reformmaßnahmen zum Verhältnis zwischen Prüfungsausschuss und Abschlussprüfer

Prof. Dr. Patrick Velte und Dr. Martin Stawinoga

303 DRS 22 „Konzerneigenkapital“

Die wesentlichen Neuregelungen im Überblick

Prof. Dr. Hanno Kirsch

310 Anmerkungen zum Referentenentwurf eines CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetzes

Ein „Update“ zu Haaker/Gahlen, StuB 2015 S. 662

Dr. Andreas Haaker

PRAXISFÄLLE

313 Bilanzierung eines Credit Default Swap

WP/StB Dr. Norbert Lüdenbach

AKTUELL BERATEN

314 Gesellschafter-Fremdfinanzierung bei der Zinsschranke (§ 8a KStG)

StB Prof. Dr. Gerrit Adrian

KURZNACHRICHTEN

- 316 Verdeckte Gewinnausschüttung bei Teilwertabschreibung auf Zinsforderungen nach Teilwertabschreibung der Darlehensforderung
- 316 Ansparabschreibung nach Buchwerteinbringung in Kapitalgesellschaft
- 316 Zahlungsansprüche nach der GAP-Reform 2003 als abnutzbare immaterielle Wirtschaftsgüter
- 317 Teilwertabschreibungen auf Fondsanteile
- 318 Einnahmen-Überschussrechnung: Verfassungsmäßigkeit des § 4 Abs. 6 UmwStG 2002
- 318 Verfassungsmäßigkeit des § 18 Abs. 2 UmwStG 2002
- 318 Zur Abfärbung gem. § 15 Abs. 3 Nr. 1 EStG
- 319 Zur Mitunternehmerstellung im Rahmen einer Freiberuflerpraxis
- 319 Zur Vorgreiflichkeit und zum Inhalt eines Feststellungsbescheids gem. § 15b Abs. 4 Satz 1 EStG
- 319 Zinszahlungen wegen Nachhaftung für Darlehensverbindlichkeit einer Grundstücksgesellschaft als Werbungskosten bei Vermietung und Verpachtung
- 320 Zivilprozesskosten als außergewöhnliche Belastungen
- 320 Steuerfreie Lieferung eines Miteigentumsanteils
- 321 Vorsteuerabzug aus der Rechnung des Insolvenzverwalters
- 321 Umsatzsteuer-Umrechnungskurse März 2016
- 322 Verrechnung von Altverlusten aus Termingeschäften mit Neuerträgen
- 322 Schranken- und Sperrwirkung des Fremdvergleichsgrundsatzes der DBA
- VIII Impressum



Merksatz



Literatur



Weblink



Informationen



Audio



Siehe auch



Community



Quelle



Video



Galerie



Berechnung